

1-001-0000

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG
GELD- UND WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT CHRISTINE
LAGARDE,
PRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV), BRÜSSEL,
DONNERSTAG, 6. FEBRUAR 2020**

1-002-0000

VORSITZ: IRENE TINAGLI
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

(Die Sitzung wird um 9.10 Uhr eröffnet.)

1-003-0000

Vorsitzende. – Wir beginnen jetzt mit dem geld- und währungspolitischen Dialog mit der Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, die ich hier begrüßen möchte. Seit dem letzten währungspolitischen Dialog Anfang Dezember haben sich die wirtschaftlichen Aussichten nicht wesentlich verändert. Die Daten, die wir erhalten, stehen im Einklang mit einem anhaltenden, aber moderaten Wachstum der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets. Dieses moderate Wachstum spiegelt die anhaltende Schwäche des internationalen Handels in einem von andauernder globaler Unsicherheit geprägten Umfeld wider, die sich insbesondere auf das verarbeitende Gewerbe im Euro-Währungsgebiet ausgewirkt hat und dazu beigetragen hat, das Investitionswachstum zu dämpfen. Das anhaltende – wenn auch nachlassende – Beschäftigungswachstum und steigende Löhne unterstützen jedoch auch weiterhin die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets.

Während die Inflationsentwicklung insgesamt gedämpft bleibt, gibt es einige Anzeichen für einen moderaten Anstieg der Kerninflation, was hauptsächlich auf eine höhere Energiepreis-inflation zurückzuführen ist. Obwohl die Indikatoren für die Inflationserwartungen nach wie vor niedrig sind, haben sie sich in jüngster Zeit entweder stabilisiert oder sind leicht gestiegen.

Mittelfristig wird mit einem Anstieg der Inflation gerechnet – unterstützt durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, das anhaltende Wirtschaftswachstum und ein solides Lohnwachstum. Vor diesem Hintergrund hat der letzte EZB-Rat beschlossen, die Zinssätze unverändert zu lassen, solange sich die Inflationssichten stabil einem Niveau annähern, das seinem Ziel ausreichend nahe kommt. Darüber hinaus wird der EZB-Rat im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten weiterhin Nettokäufe im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR tätigen, solange dies erforderlich ist, um die akkommodierende Wirkung seiner Leitzinssätze zu verstärken, und damit aufhören, kurz bevor er beginnt, die Leitzinssätze der EZB wieder anzuheben.

Angesichts des langfristig abnehmenden Wachstumstrends, der Verlangsamung der Produktivität und der Bevölkerungsalterung sowie der Herausforderungen für die ökologische Nachhaltigkeit, der raschen Digitalisierung, der Globalisierung und der sich wandelnden Finanzstrukturen hat der EZB-Rat beschlossen, eine Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB einzuleiten, die 1998 angenommen und 2003 weiter präzisiert wurde. Die auf einer eingehenden Analyse basierende Überprüfung wird eine quantitative Formulierung der

Preisstabilität, ein geldpolitisches Instrumentarium, wirtschaftliche und monetäre Analysen und Kommunikationsmethoden umfassen. Andere Erwägungen wie Finanzstabilität, Beschäftigung und ökologische Nachhaltigkeit werden ebenfalls Teil der Überprüfung sein. Die Überprüfung wird unter uneingeschränkter Achtung des im Vertrag verankerten Mandats der EZB – der Preisstabilität – durchgeführt und dürfte bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

Wir wissen es alle zu schätzen, dass Sie sich bereits in Ihrer Anhörung im September und im letzten geld- und währungspolitischen Dialog mit diesem Thema befasst haben. Auch wenn es sicher unterschiedliche Standpunkte bezüglich des gewünschten Umfangs und Formats der Überprüfung gibt, glaube ich, dass ich der vorherrschenden Meinung Ausdruck verleihe, wenn ich die Bedeutung der Rolle des Europäischen Parlaments und insbesondere dieses Ausschusses im Verfahren noch einmal bekräftige.

In der heutigen Sitzung wird Präsidentin Lagarde also den Standpunkt der EZB zu wirtschaftlichen und geldpolitischen Entwicklungen vorstellen. Sie wird auch die beiden Themen erörtern, die von den Koordinatoren des Ausschusses für Wirtschaft und Währung zur Vorbereitung dieses geld- und währungspolitischen Dialogs ausgewählt wurden, nämlich die Bewertung der Risiken im Zusammenhang mit der Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet und die Kommunikation der Zentralbanken. Wir haben zur Vorbereitung dieser beiden Themen angesehene Fachleute befragt. Die Unterlagen sind auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar. Wir haben viele interessante Themen zu diskutieren und wir stellen hohe Erwartungen an diesen ersten Meinungs austausch. Frau Lagarde, Sie haben das Wort.

1-004-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, meine Damen und Herren, guten Morgen. Es ist mir eine Freude, wieder hier zu sein und nach der ersten Sitzung des EZB-Rates im Jahr 2020, die kürzlich stattgefunden hat, vor Ihnen zu erscheinen. In dieser Sitzung haben die EZB und das Eurosystem als Ganzes beschlossen, die Überprüfung ihrer Strategie einzuleiten – um es ganz genau sagen, die Überprüfung ihrer geldpolitischen Strategie.

Die EZB hat zuletzt vor 16 Jahren eine Überprüfung ihrer geldpolitischen Strategie vorgenommen, und wie wir im Dezember erörtert haben, sah die Welt 2003 ganz anders aus, und viele Dinge haben sich seitdem geändert, sodass es eindeutig gerechtfertigt ist, dass die geldpolitische Strategie von der EZB überprüft wird. Es gab strukturelle Veränderungen, die sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus anderer Sicht tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Umwelt hatten, und dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Insbesondere haben in dem Bereich, der uns Anlass zur Sorge gibt, die rückläufigen Wachstumstrends aufgrund des langsameren Produktivitätswachstums, eine Alterung der Bevölkerung und die Altlasten der Finanzkrise zu sinkenden Zinsen geführt. Dieses Umfeld mit niedrigen Zinsen und niedriger Inflation hat die Möglichkeiten der EZB und anderer Zentralbanken weltweit, angesichts eines Konjunkturabschwungs eine lockere Geldpolitik zu betreiben, erheblich eingeschränkt. Strukturelle Herausforderungen wie neue Bedrohungen der ökologischen Nachhaltigkeit, rasche Digitalisierung, Globalisierung und sich wandelnde Finanzstrukturen haben sich ebenfalls auf die Preisentwicklung und damit auf das Umfeld ausgewirkt, das die Zentralbanken überwachen müssen, in dem sie ihre Prognosen erstellen und das sie bei ihren Strategien berücksichtigen müssen. Angesichts dieser Veränderungen ist es nun an der Zeit, dass wir diese Überprüfung der Strategie – mit einem breiten Anwendungsbereich – durchführen, um sicherzustellen, dass wir unser Mandat weiterhin im besten Interesse der Europäer erfüllen.

Bei meinem letzten Treffen mit diesem Ausschuss habe ich mich verpflichtet, den Erwartungen der Menschen zuzuhören und ihre wirtschaftlichen Anliegen besser zu verstehen. Im Übrigen habe ich mit großem Interesse einige der Papiere gelesen, die Sie in Auftrag gegeben hatten,

um uns besser über die Kommunikation der Zentralbanken und darüber zu informieren, inwiefern die Menschen dem gegenüber aufmerksam und sensibel sind oder nicht. Dieses Parlament und natürlich Ihr Ausschuss werden das wichtigste Forum für diese Anhörungen und für die praktische Umsetzung des Grundsatzes der Zwei-Wege-Kommunikation, den ich bei unserem letzten Treffen dargelegt habe, sein.

Ich freue mich sehr, dass Sie mich gebeten haben, heute speziell über die Kommunikation der Zentralbanken zu diskutieren, aber bevor ich dazu komme, möchte ich zunächst einen Überblick über die aktuelle Wirtschaftslage im Euro-Währungsgebiet geben. Das, was ich dabei sagen werde, wird sich nicht wesentlich von dem unterscheiden, was Sie soeben skizziert haben, Frau Vorsitzende.

Die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets wächst im Großen und Ganzen im Einklang mit unseren Erwartungen weiter, allerdings immer noch mit geringer Dynamik.

Die Binnenwirtschaft ist nach wie vor verhältnismäßig stabil. So nahm der private Verbrauch im dritten Quartal 2019 um 0,5 % zu. Grund ist die weitere Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,4 %. Sie ist damit auf dem niedrigsten Stand seit Juli 2008. Die Anzahl der im Euro-Währungsgebiet beschäftigten Menschen steigt immer weiter und ist seit Mitte 2013 um mehr als 11 Millionen gestiegen. Auch die stärker auf die Binnenwirtschaft ausgerichteten Sektoren Dienstleistungen und Baugewerbe stehen nach wie vor gut da.

Globale Faktoren wirken sich jedoch negativ auf das Wachstum im Euro-Währungsgebiet aus. Sicherlich gibt es erste vorsichtige Anzeichen für eine Stabilisierung. Die zukunftsorientierten Indikatoren sind etwas optimistischer geworden, da der Einkaufsmanagerindex für die Erwartungen des verarbeitenden Gewerbes in 12 Monaten in fünf aufeinanderfolgenden Monaten bis Januar auf seinen höchsten Stand in 18 Monaten angestiegen ist. Auch wenn die Unsicherheiten in Bezug auf die globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach wie vor hoch sind, nehmen die Unsicherheiten in Verbindung mit den Handelsspannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China ab. Andere Risiken bleiben jedoch bestehen oder geben – wie die Unsicherheit über die Auswirkungen des Coronavirus – neuen Anlass zur Sorge.

Das insgesamt moderate Wachstum verzögert die Weitergabe von Lohnerhöhungen an die Preise und die Inflationsentwicklung. Die Inflation, gemessen gemäß der Schnellschätzung für den harmonisierten Verbraucherpreisindex, lag im Januar bei 1,4 %, was unseren Erwartungen entsprach und besser war als im Vormonat.

Die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets benötigt daher nach wie vor Unterstützung durch unsere Geldpolitik, die einen Schutz gegen globalen Gegenwind bietet. Wir sehen, dass unsere politischen Impulse an die Finanzierungsbedingungen weitergegeben werden, die für die Realwirtschaft am wichtigsten sind. Den jüngsten Daten zufolge liegen die Darlehenszinssätze für Unternehmen fast 10 Basispunkte unter denen vor einem Jahr, und für private Haushalte sind sie bei Immobilienkäufen fast 40 Basispunkte niedriger und liegen nahe an ihrem historischen Tiefststand. Diese günstigen Finanzierungsbedingungen wiederum fördern weiterhin Unternehmensinvestitionen und Verbraucher- und Bauausgaben im Euro-Währungsgebiet, wodurch die negativen Auswirkungen der schleppenden Entwicklung der weltweiten Nachfrage teilweise ausgeglichen werden. Gleichzeitig beobachten wir die potenziellen Nebenwirkungen dieser Maßnahmen natürlich weiterhin aufmerksam.

Niedrige Zinssätze bringen der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets große Vorteile. Allerdings haben die niedrigen Finanzierungskosten offenbar auch eine stärkere Kreditaufnahme durch Unternehmen mit hohem Verschuldungsgrad und eine höhere Risikobereitschaft durch Nichtbanken wie Investmentfonds, Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds begünstigt. Darüber hinaus verzeichnen die Immobilienmärkte in einer Reihe

von Ländern des Euro-Währungsgebiets stetig steigende Preise, auch wenn das Niedrigzinsumfeld nur einer von vielen Faktoren ist, die die Entscheidung beeinflussen, Kredite für Immobilienkäufe aufzunehmen.

In diesem Umfeld sollten die Behörden weiterhin gezielte makroprudenzielle Maßnahmen ergreifen, um den damit verbundenen Risiken für die Finanzstabilität zu begegnen. Gleichzeitig kommt auch der Fiskal- und der Strukturpolitik in einem Niedrigzinsumfeld eine wichtige Rolle zu. Sie können die Wachstumsdynamik anregen und das Potenzial durch ein höheres Produktivitätswachstum steigern. Dies wiederum würde die Wirksamkeit unserer Maßnahmen stärken und auch dazu beitragen, dass die Zinssätze zu gegebener Zeit wieder steigen.

Ich möchte mich nun dem Thema der Zentralbankkommunikation zuwenden.

Diejenigen, die die Zentralbanken beobachten, werden mir zustimmen, dass die Zentralbanken bezüglich ihrer Kommunikation große Fortschritte gemacht haben. Öffentliche Einrichtungen, einschließlich der EZB, sind dazu übergegangen, mehr Informationen offenzulegen und die Politik besser zu erklären, nebenbei gesagt auch als Reaktion auf die Forderungen des Parlaments und der Öffentlichkeit.

Dieses Parlament, Ihr Parlament, hat die EZB von Anfang an darin bestärkt, diesen Weg zu beschreiten. Eines der Themen, die für die erste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Jahr 1999 ausgewählt wurden, war die Kommunikations- und Transparenzpolitik der EZB. Gute Kommunikation bildet das Fundament der Glaubwürdigkeit der EZB und untermauert unsere Legitimität in den Augen der Menschen, denen wir dienen. Effektive Kommunikation liegt aber auch in unserem Interesse als Zentralbanker: Offenheit und Klarheit sind unerlässlich, um unsere Politik wirksamer zu gestalten. Sorgfältig abgestimmte Kommunikation – denken Sie beispielsweise an Forward Guidance, auf die Sie, Frau Vorsitzende, schon angespielt haben – ist selbst zu einem Instrument der Zentralbankpolitik geworden.

Traditionell kommunizieren wir als Zentralbanker lieber mit Fachleuten und Märkten als mit der breiten Öffentlichkeit. Die Märkte verfolgen genau, was wir tun, was wir sagen, was wir nicht sagen, und aus Umfragen und Studien geht hervor, dass wir von ihnen im Allgemeinen gut verstanden werden. Wir achten sehr genau darauf, wie die Märkte unser Handeln interpretieren, falsch interpretieren oder überinterpretieren.

Wir müssen jedoch wachsam bleiben, damit wir uns nicht zu sehr nur auf die Kommunikation mit den Märkten konzentrieren und unsere eigene Echokammer schaffen. Aus diesem Grund habe ich in der Anhörung zu meiner Ernennung vor Ihnen angekündigt, dass eine der Prioritäten meiner Präsidentschaft darin besteht, unsere Beziehungen zur Öffentlichkeit und ihren Vertretern zu stärken.

Unsere eigenen Untersuchungen haben ergeben, dass zwar viele Europäer von der EZB gehört haben, aber nur sehr wenige ein genaueres Verständnis davon haben, was wir tatsächlich tun, und sicherlich nicht davon, warum wir dies tun oder wie die Arbeit, die wir leisten, dem Gemeinwohl dient. Daher müssen wir dies verbessern, und zwar nicht, um populär zu sein – darum geht es nicht –, sondern um zu erreichen, dass die europäischen Bürger verstehen, was wir für sie tun und wie wir es tun.

Wir haben gerade mit der Entwicklung einer neuen Erhebung begonnen, in der wir die Verbraucher nach ihren Erwartungen in Bezug auf Inflation, Wohnraum, Konsum, Sparen und Arbeitsmarkt befragen. Wir müssen besser verstehen, nicht zuletzt, weil sich die Erwartungen zwischen verschiedenen Regionen und Gruppen in der Gesellschaft, z. B. zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, erheblich unterscheiden können. Letztendlich sind es aber die

alltäglichen wirtschaftlichen Entscheidungen der Menschen und Unternehmen, die wir mit unserer Politik und unserer Kommunikation beeinflussen wollen, um unser Mandat zu erfüllen. Wenn unsere Sprache unklar ist, unzugänglich ist und nicht verstanden werden kann, wird unsere Politik weniger wirksam sein, und das beeinträchtigt unsere Fähigkeit, unser Mandat zu erfüllen.

Wir wissen auch, dass die Menschen uns nur mehr Vertrauen entgegenbringen – und die EZB wirklich als ihre Bank betrachten – werden, wenn sie besser verstehen, warum wir unsere Entscheidungen treffen, warum sie für sie wichtig sind und welche Auswirkungen sie auf ihr tägliches Leben haben. Darum hat der EZB-Rat vereinbart, dass bei der Überprüfung der Strategie, die auf unserer letzten Sitzung im Januar gebilligt wurde, auch untersucht werden soll, wie wir unsere Politik kommunizieren.

Kommunikation wird allzu oft fälschlich als Einbahnstraße angesehen, wobei die meisten Anstrengungen für das Aussenden von Nachrichten aufgewendet werden. Wir alle konzentrieren uns darauf, zu sprechen. Wir sprechen gerne und hören gern den Klang unserer eigenen Stimme, aber meiner Ansicht nach müssen wir uns mindestens genauso sehr darauf konzentrieren, den Menschen zuzuhören. Wie der Präsident des obersten Gerichtshofs der USA John Marshall bereits Anfang der 1800er-Jahre bemerkt hat, ist gut zuzuhören ein ebenso leistungsfähiges Kommunikationsmittel wie gut zu sprechen. Epiktet hat vor langer Zeit etwas sehr ähnliches gesagt und darauf hingewiesen, dass wir zwei Ohren und einen Mund haben und diese angemessen und in einem gebührenden Verhältnis nutzen sollten.

Aus diesem Grund wird ein Schlüsselement für unsere Überprüfung der Strategie, aber auch ganz allgemein darin bestehen, Elemente des Zuhörens strukturell in unseren Rahmen einzubeziehen. Es liegt auf der Hand, dass der Dialog mit diesem Ausschuss bereits ein wesentliches Element ist. Darüber hinaus freue ich mich auf eine neue Reihe von Anhörungen, die wir im Rahmen unserer Überprüfung unserer Strategie lancieren werden. Wir werden diese gemeinsam mit unseren Kollegen der nationalen Zentralbanken im gesamten Euro-Währungsgebiet durchführen, damit das gesamte Eurosystem einbezogen wird, und der Dialog soll in den Landessprachen stattfinden, die von den Menschen gesprochen werden. Wir freuen uns sehr darauf, die Ansichten eines breiten Spektrums von Interessenträgern zu hören, darunter Wissenschaftler, Vertreter des Finanzsektors, Organisationen der Zivilgesellschaft, Studenten und ein breites Spektrum von Menschen aus allen Kategorien.

Unsere erste Veranstaltung zur Anhörung der EZB findet Ende März hier in Brüssel statt. Ich hoffe, dabei Kontakt zu Vertretern von Organisationen der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene mit einer großen Bandbreite von Perspektiven zu erhalten, und Sie alle sind eingeladen, daran teilzunehmen, wenn Sie das wünschen. Außerdem werden wir auf der Website der EZB ein Online-Portal anbieten, auf dem alle Informationen über die Überprüfung der Strategie für die breite Öffentlichkeit verfügbar sein werden, soweit möglich auch in den Amtssprachen. Es gibt zahlreiche Arbeiten, die bereits im Gange sind und die zur Veröffentlichung mehrerer Papiere führen werden.

Über diese Kanäle wollen wir direkt von den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Menschen, die sie vertreten und die für sie am wichtigsten sind, lernen – sei es in Bezug auf steigende Mieten und Wohnimmobilienpreise, unsichere Arbeitsplätze, Klimawandel oder Digitalisierung –, und wir werden prüfen, wie wir diese Anliegen innerhalb der Grenzen unseres Mandats bei unseren Handlungen und unserer Kommunikation am besten berücksichtigen können.

Die Überprüfung, die wir gerade eingeleitet haben, wird ein gründlicher und intensiver Prozess sein. In den nächsten 11 Monaten wird es einen häufigen und eingehenden Dialog zwischen unseren Institutionen geben. Die regelmäßigen Anhörungen des ECON-Ausschusses werden

die Struktur dieser Diskussion bilden, aber unsere Diskussion wird sich nicht allein auf diese Anhörungen beschränken. In der Tat werden wir sehr bald weitere Möglichkeiten haben, unseren Dialog fortzusetzen: Ich freue mich auf den Besuch einer Delegation dieses Ausschusses am kommenden Montag in Frankfurt und darauf, Sie am nächsten Tag, am Dienstag, erneut in Straßburg zu treffen. Die Kommunikation mit Ihnen und Ihren Kollegen ist also im Moment sehr intensiv.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich nun sehr darauf, entsprechend Ihrer Moderation, Frau Vorsitzende, Ihre Fragen zu beantworten.

1-005-0000

Markus Ferber (PPE). – Frau Vorsitzende! Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten, werde ich Deutsch reden. Sie haben ja den *monetary policy review* angesprochen, der ein bisschen in die Jahre gekommen ist. Ihr eigenes zuständiges Direktoriumsmitglied für den ökonomischen Ausblick, Herr Lane, hat ja gesagt, dass wir aufgrund verschiedener Faktoren, die Sie ja auch kurz angerissen haben, dauerhaft mit einer Wachstumsschwäche oder mit einem geringeren Wachstum in Europa rechnen müssen. Insofern stellt sich ja schon die Frage, ob Sie überhaupt noch in der Lage sind, das sich selbst gesetzte Ziel der Inflation von nahe bei, aber knapp unter 2 % zu erreichen, wenn der ökonomische Ausblick ja der ist, dass das Wachstum eher deutlich unter 2 % liegen wird. Also insofern ist ja die Frage, wie Inflationserwartungen und ökonomische Wachstumserwartung noch miteinander korrelieren. Damit geht natürlich Ihr jüngster *financial stability review* aus dem November letzten Jahres einher, wo Sie eine Reihe von Risiken beschrieben haben, die in der letzten Zeit zugenommen haben. Das heißt, die Risiken wären größer geworden, wenn ich Ihren Bericht richtig verstanden habe. Ich bin schon der Meinung, dass eine ganze Reihe dieser Risiken auch mit dem Niedrigzinsumfeld verknüpft sind. Das heißt, die lockere Geldpolitik treibt einerseits Assetpreise in die Höhe – Sie haben ja auch über die Zinsentwicklung gesprochen –, drückt auf die Profitabilität der Banken und setzt dann natürlich wieder Anreize, höhere Risiken einzugehen. In diesem Kontext die Frage: Wie sehen Sie die Fähigkeit der Europäischen Zentralbank, in der Eurozone auf ein solches stärkeres Risikoszenario überhaupt reagieren zu können, wenn sich diese Risiken materialisieren sollten?

1-006-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Als Antwort auf Ihre Frage möchte ich zwei zentrale Punkte klarstellen.

Erstens: Bei der Überprüfung der Strategie werden wir alle Aspekte unserer Geldpolitik unter die Lupe nehmen, und das wird eine Weile dauern. Für den voraussichtlichen Abschluss haben wir uns selbst Dezember 2020 als Ziel gesetzt. Davor werden jedoch weitere Sitzungen des EZB-Rates stattfinden, auf denen wir uns mit unserer Geldpolitik befassen und unseren geldpolitischen Kurs auf der Grundlage von Fakten, Zahlen und wirtschaftlichen Entwicklungen festlegen.

Das werden wir also weiterhin auf der Grundlage unserer derzeitigen Grundsätze und unserer derzeitigen Kriterien tun, bis unsere Überprüfung der Strategie tatsächlich abgeschlossen ist. Und wir werden – unabhängig von unserer Überprüfung der Strategie – unsere Geldpolitik weiterhin wie gewohnt festlegen.

In diesem Zusammenhang müssen wir natürlich alle Auswirkungen unserer Geldpolitik betrachten. Wir müssen von den Auswirkungen ausgehen, die sie hatte, und uns mit den Auswirkungen befassen, die sie hat. Wenn wir uns die Auswirkungen ansehen, die sie hatte, hat die Tatsache, dass wir die Instrumente – sowohl konventionelle als auch unkonventionelle – eingesetzt haben, die wir eingesetzt haben, zu sehr positiven Ergebnissen geführt. Wir beziehen uns immer wieder auf die Schaffung von Arbeitsplätzen; ich werde nicht die 11 Millionen Arbeitsplätze anführen, die seit 2013 geschaffen wurden, da die Geldpolitik nur

einer von mehreren Faktoren war, die dazu beigetragen haben, aber die Geldpolitik in ihrer derzeitigen Form kann eindeutig einen Teil dieser Arbeitsplätze für sich in Anspruch nehmen.

Ebenso kann die Geldpolitik für sich in Anspruch nehmen, dass sie seit 2013 zu einem gestiegenen Wachstum beigetragen hat, und in gleicher Weise hat sie in diesen Jahren auch dazu beigetragen, die Inflation etwas zu erhöhen.

Wir müssen uns also diese Auswirkungen ansehen und sehen, welche Auswirkungen sie auf das Leben der Unternehmen, auf das Leben der Menschen, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen hatte, und uns davon überzeugen, dass sie effizient war.

Nun müssen wir uns auch mit den von Ihnen gerade genannten Aspekten befassen, um festzustellen, ob es diese Nebenwirkungen gegeben hat, und eine Kosten-Nutzen-Analyse der positiven – und potenziellen sonstigen – Auswirkungen dieser Geldpolitik durchführen.

Ich würde nicht zu dem Schluss kommen, dass unsere derzeitige Geldpolitik tatsächlich der wichtigste Faktor für den Anstieg der Wohnimmobilienpreise war, oder dass sie der wichtigste Faktor für die rückläufige Rentabilität einiger Banken in einigen Ländern im Euro-Währungsgebiet war. Sie mag zwar dazu beigetragen haben, aber ich glaube nicht, dass das eine unvermeidliche Schlussfolgerung ist, da im Vergleich zu anderen Umfeldern, in denen beispielsweise die Zinssätze niedrig waren, nicht unbedingt die gleichen Auswirkungen sichtbar waren. Ich möchte auch davor warnen, allgemein die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Wohnimmobilienpreise überall gestiegen sind. Die Entwicklung ist im Euro-Währungsgebiet sehr unterschiedlich – je nachdem, ob es um ländliche oder städtische Gebiete geht – und, wie ich bereits in meiner einleitenden Erklärung ausgeführt habe, nicht vollständig auf die Zinssätze und das Umfeld der sehr niedrigen Finanzierungskosten, die wir derzeit haben, zurückzuführen. Wir beobachten die Nebenwirkungen jedoch sehr genau, und wir werden dies auch im weiteren Verlauf tun.

1-007-0000

Jonás Fernández (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, als Sie vor einigen Monaten anlässlich der Wahl des neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank in diesem Ausschuss waren, habe ich Sie nach der Möglichkeit gefragt, diese Überprüfung des strategischen Rahmens der Geldpolitik einzuleiten. Ich sehe, dass Sie die Überprüfung in Angriff genommen haben, und möchte Sie zunächst zu der Eröffnung dieser Diskussion beglückwünschen.

Konkret zur eingeleiteten Diskussion über die Überarbeitung der Geldpolitik: Ich glaube, dass ein Teil Kommunikation betrifft. Sie haben das hier zwar gut erläutert, ich möchte aber auf die meiner Ansicht nach diesbezüglich erforderliche Vorsicht hinweisen. Es ist zwar richtig und sicherlich auch lobenswert, dass die EZB ihre Politik besser erläutern will und näher am Bürger sein will. Allerdings ist es auch so, dass die EZB, eine Einrichtung, die ja grundsätzlich die erforderliche Unabhängigkeit wahren muss, vielleicht – das befürchte ich – diesen Charakter der Unabhängigkeit, der Autonomie verlieren könnte, wenn sie zum Gegenstand der politischen Debatte und von alltäglichen Gesprächen zu Hause oder unter den Bürgern gemacht wird.

Ich glaube, dass man hier Vorsicht walten lassen muss, und ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Versuch, die Kommunikation zu verbessern, aber das ist schon heikel, denn unser Geld stützt sich ausschließlich auf Vertrauen. Außer Vertrauen gibt es hier nichts, und das Vertrauen gewinnt man mit der Nähe zur Öffentlichkeit, aber auch dadurch, dass man sich ein bisschen abseits von der alltäglichen politischen Debatte hält. Und ich möchte hier eine gewisse Beunruhigung zum Ausdruck bringen.

Ich komme nun zur Überarbeitung der Ziele und der Instrumente der Geldpolitik: In den letzten Tagen ist die Option aufgekommen, beim Inflationsindex möglicherweise die Preise einiger

Vermögenswerte und insbesondere von Immobilien in den objektiven Index einzubeziehen. Das wirft natürlich Fragen auf, denn wenn wir ein klares Inflationsziel – die 2 % – haben wollen, dann müssen wir dieses Ziel meiner Ansicht nach überdenken, damit die Symmetrie absolut eindeutig wird. Wenn es zu Schwierigkeiten kommt, weil wir offensichtlich – wie das Mitglied Markus Ferber gesagt hat – die 2 % nicht erreichen, und wenn die Berechnung des Index geändert werden soll, indem mit der Einbeziehung der Immobilienpreise zwei Zehntel hinzuaddiert werden, dann ist diese Überarbeitung nicht wirklich ehrlich.

Um die Nebenerscheinungen der aktuellen Geldpolitik zu verhindern, müssen wir vielleicht tatsächlich die Haushaltspolitik überdenken. Und ich wüsste gerne, was Sie von der Mitteilung der Kommission von gestern halten, wonach es der Haushaltspolitik ermöglicht werden soll, Ihnen zu helfen.

1-008-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Vielen Dank sowohl für Ihre Empfehlung zum Thema Kommunikation, die ich ernst nehme – und ich werde dazu noch etwas sagen – sowie für Ihre Frage zu den Immobilienpreisen.

Was die Kommunikation anbelangt, höre ich, was Sie sagen, und ich glaube, dass wir vorsichtig sein müssen, aber auch, dass wir darauf achten müssen, so viel wie möglich zuzuhören. Wenn wir zuhören, werden wir auch ein bisschen erklären müssen, was wir tun, denn es war für mich eine große Überraschung, zu sehen, wie wenig die Menschen im Allgemeinen über die EZB und das, was sie tut, wissen. Seien wir ehrlich: Wenn Sie über das Eurosystem sprechen, bekommen Sie als Reaktion große Augen und die Frage „Eurosystem – was ist das?“

Ich glaube, wir sind es den europäischen Bürgern schuldig, zu erklären, was wir tun und warum, das, was wir tun, wichtig ist – warum wir der Hüter einer Währung sind, mit der sie sich alle identifizieren, die sie als verbindenden Faktor betrachten. Der Euro genießt im Allgemeinen in sehr vielen Gegenden des Euro-Währungsgebiets ein hohes Ansehen. Ich denke, wir müssen das tun, und wir wollen wirklich zuhören.

Um aber auf Nummer sicher zu gehen: Ich stimme Ihnen zu, dass eine dieser Komponenten darin bestehen wird, keine Erwartungen zu wecken und niemandem, auch den Menschen, mit denen wir kommunizieren, zu sagen, dass wir mehr tun könnten, als wir tatsächlich erreichen können. Das ist mir besonders wichtig, denn ich denke, dass eines der Elemente von Vertrauen und Glaubwürdigkeit darin besteht, zu tun, was Sie sagen und zu sagen, was Sie tun, aber nicht darüber hinauszugehen. Andernfalls werden unnötig Erwartungen geweckt, es folgt unweigerlich Enttäuschung und das Vertrauen wird untergraben; daher nehme ich Ihre Bemerkungen sehr ernst.

Was die Wohnkosten angeht, werden derzeit beim HVPI, dem Inflationsmaß, die Wohnkosten, die mit dem Besitz einer Immobilie verbunden sind, nicht berücksichtigt. Soweit ich mich erinnere, machen in diesem Index die Wohnkosten insgesamt 6,5 % der Gesamtkosten aus. Wenn Sie irgendjemanden – Familie, Freunde und andere – fragen, werden die ihnen sagen, dass 6,5 % niedrig angesetzt sind – vorsichtig ausgedrückt.

Wie gehen wir also darauf ein, ohne dass uns vorgeworfen wird oder wir Gefahr laufen, die Ziele zu ändern, denn so könnten die Menschen argumentieren: Sie haben eine Zeit lang anhand einer bestimmten Struktur gemessen, und nun schlagen Sie vor, die Struktur zu ändern.

Gleichermäßen glaube ich, dass wir darauf achten müssen, eine für die Menschen realistische Kostenstruktur zu verwenden, und wenn die Wohnkosten so wenig ausmachen, müssen wir das infrage stellen und uns fragen, ob das legitim ist.

Darüber hinaus werden wir Schwierigkeiten haben in Verbindung mit dem Wert der Nutzung des Hauses, dessen Eigentümer Sie sind, und den damit verbundenen Betriebskosten sowie dem Betriebswert im Verhältnis zur Erstinvestition. Das bringt also technische Schwierigkeiten mit sich, aber ich glaube, dass wir uns im Interesse einer wahrheitsgetreuen Berücksichtigung der entstandenen Kosten zumindest diese Fragen stellen müssen und sehen müssen, wie wir sie am besten angehen können, um sowohl den Grundsätzen als auch den tatsächlichen Kosten der Menschen gerecht zu werden.

1-009-0000

Vorsitzende. – Bevor wir zum nächsten Redner kommen, möchte ich Sie daran erinnern, dass wir Redezeiten von jeweils fünf Minuten haben. Ich möchte Sie bitten, innerhalb der Vorgabe von zwei Minuten für die Fragen zu bleiben, nicht nur aus Höflichkeit gegenüber dem nächsten Redner, sondern auch gegenüber Frau Lagarde, sodass sie Zeit hat, eine ordentliche Antwort zu geben.

1-010-0000

Luis Garicano (Renew). – Frau Lagarde, Sie haben mich an die Vergangenheit erinnert. 1992/93 habe ich ein ganzes Jahr lang an der Harmonisierung des Preisindex bei Eurostat gearbeitet, und das Problem waren selbst genutzte Wohnungen. Ich wünsche Ihnen also viel Erfolg damit. Das ist lange her.

Als politische Entscheidungsträger haben wir nicht genug getan, um die Arbeit zur Bankenkrise zum Abschluss zu bringen, nicht nur, weil immer noch etwas fehlt, sondern auch weil das, was es gibt, nicht richtig funktioniert. Ich fürchte, dass der Teufelskreis zwischen Staaten und Banken noch sehr lebendig ist. Ich möchte mich auf einen bestimmten Aspekt der Wechselwirkungen zwischen den Banken und den Staaten konzentrieren – die Bankenrettung.

Wir haben einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und den Einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB) eingerichtet, um dieses Problem zu lösen. Fälle wie vor kurzem der der NORD/LB und die Rettung italienischer Banken haben all das infrage gestellt. In Bezug auf die NORD/LB hat der SSM unter Aufsicht der Europäischen Zentralbank über einen sehr langen Zeitraum – über ein Jahr – zugelassen, dass die NORD/LB weniger als ihr Mindestkapital hatte, ohne das als unzulässig zu erklären, zu sagen, dass sie in Schwierigkeiten war, und sie zu zwingen, in Bezug auf ihre Kapitalausstattung etwas zu unternehmen. Der SRB hat es zugelassen, dass all diese Mittel in diesen Fall und andere Bankenrettungsfälle geflossen sind.

Die Frage ist also: Glauben wir, dass der Mechanismus funktioniert? Sind Sie der Ansicht, dass regulatorische Nachsicht zu weit geht, sodass wir Banken am Leben halten, ohne tatsächlich zu sagen, dass sie von einem Ausfall betroffen oder bedroht ist? Sind Sie der Meinung, dass der SRB – also wohl SSM und der SRB – tatsächlich seine Aufgabe erfüllt, oder nutzt er die Beurteilung des öffentlichen Interesses sehr restriktiv, um all diesen Banken sehr viel staatliche Gelder zukommen zu lassen? Denn die Verwendung staatlicher Gelder führt dazu, dass die Staatsfinanzen in Gefahr geraten. Müssen wir den Rechtsrahmen hier, vom Parlament aus, ändern?

1-011-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Meines Erachtens stimmt die EZB zu, dass der Abwicklungsrahmen verbessert werden könnte und dass eine stärkere Rolle des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) gleiche Wettbewerbsbedingungen in der gesamten Bankenunion fördern könnte. Als zusätzliche Option sollte jedoch auch eine gezielte Harmonisierung der Insolvenzregelungen auf dem Tisch bleiben. Im Übrigen glaube ich, dass dies auch ernsthafte – und positive – Auswirkungen auf die Kapitalmarktunion hätte, bei der ich aus zahlreichen Gründen gerne Fortschritte sehen möchte.

Was das europäische Einlagenversicherungssystem betrifft – wenn Sie mir auch dazu gerade zuhören würden, da es sich meines Erachtens um eine Ergänzung des SRB handelt –, verdient der Vorschlag für eine differenzierte Größe der nationalen Einlagenversicherungssysteme in einer Übergangsphase eine weitergehende Analyse, und ich danke Ihnen für Ihren eigenen Beitrag zu dieser Arbeit.

Im Einklang mit dem Ziel einer echten Bankenunion sollten die nationalen Teilfonds im Laufe der Zeit auslaufen, und die auf der Ebene der Bankenunion berechneten risikobasierten Beiträge sollten zum wichtigsten Instrument zur Eindämmung des moralischen Risikos werden. Während die Liquiditätsdeckung ein erster Ausgangspunkt sein könnte, sollte das Endziel ein vollwertiges europäisches Einlagenversicherungssystem (EDIS) sein, das sowohl den Liquiditätsbedarf als auch die Verluste vollständig abdeckt.

Ich denke, dass damit auf die von Ihnen vorgebrachten Bedenken eingegangen wird.

1-012-0000

Jörg Meuthen (ID). – Frau Präsidentin! Die öffentliche Debatte in Deutschland ist ja inzwischen so weit aufgeklärt, von der EZB nichts mehr weiter zu erwarten als den fortgesetzten Angriff auf die Ersparnisse der Bürger. Sie haben ja bereits mehrfach festgestellt, dass Sie diese Politik der permanenten Enteignung durch Niedrigzinsen, Minuszinsen und Geldmengenausweitung fortzusetzen gedenken. Ich gehe davon aus, dass Sie zukünftig diese in ihren Konsequenzen asoziale Politik in den schönsten Farben weichzeichnen werden. Ihnen müsste ja bewusst sein, dass Ihre als Geldpolitik verbräme Fiskalpolitik massiv umverteilende Wirkung besitzt und negative Anreize en masse setzt.

Das ist so offensichtlich, dass es weder der Wissenschaft verborgen geblieben ist noch den Deutschen, die dem Abschmelzen ihrer Ersparnisse auf den Konten täglich zuschauen können. Meine erste Frage ist nun angesichts des Umstandes, dass der Fokus Ihrer Amtszeit nicht auf einer Rückkehr zu stabilem Geld, sondern auf besserer PR für den unter Draghi eingeschlagenen Kurs in Richtung eines völligen Weichwährungs-Euros liegt.

Frau Präsidentin! Sie sprechen hier unentwegt von *trust and credibility*.

Ihre Glaubwürdigkeit – Sehen Sie den Tatsachen bitte ins Auge – ist doch de facto nahe null. Niemand vertraut Ihnen, dessen sollten Sie sich bewusst sein. Haben Sie in der EZB oder durch die EZB einmal Studien oder Gutachten anfertigen lassen, mit denen Sie die Gefahren einer zunehmend kritischeren öffentlichen Meinung gegenüber der EZB für die Wirksamkeit der von Ihnen betriebenen unethischen Politik untersuchen lassen? Haben Sie eine Vorstellung davon oder einmal untersuchen lassen, ab welchem Maß der Enteignung durch Negativzinsen die Menschen nach dem Vorbild der französischen *Gilets jaunes* gegen die Politik der EZB auf die Straße gehen und sich zur Wehr setzen werden?

Zweite Frage: Wie können Sie diese unethische Enteignung der Altersvorsorge der Sparer eigentlich vor sich selbst verantworten? Wie geht man persönlich damit um, allein den deutschen Sparern rund 120 Milliarden ihrer Ersparnisse geraubt zu haben und diesen Raub durch eigene Politik sogar noch zu verstärken? Und drittens schließlich: Was gedenken Sie eigentlich geldpolitisch zu tun, wenn etwa infolge der Absurditäten der Green-Deal-Politik oder anderer Maßnahmen der Kommission die wirtschaftliche Dynamik weiter lahm, massiv sinkt und in eine Rezession abgleitet? Welche Instrumente wollen Sie einsetzen, da Sie doch gar keine Instrumente mehr haben?

1-013-0000

Vorsitzende. – Es tut mir leid, die Zeit ist vorbei. Es tut mir leid. Ich habe gesagt, dass die Fragen weniger als zwei Minuten dauern sollten, also wenn Sie Frau Lagarde bitte die Frage beantworten lassen könnten. Danke.

1-014-0000

Jörg Meuthen (ID). – *Noch ein Satz, bitte.* Was wird Ihr „*whatever it takes*“ konkret sein? Haben Sie eine Vorstellung, welche Instrumente Sie einsetzen wollen, wenn wir in eine Rezession abgleiten?

1-015-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich denke, wenn man es schafft, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, das Wachstum zu steigern, die Inflation auf einem Niveau zu halten, das die Preisstabilität garantiert, versucht man tatsächlich, seine Arbeit zu machen, und das steht wirklich im Einklang mit dem Mandat, das der Europäischen Zentralbank übertragen wurde. Als 2014 wichtige Beschlüsse gefasst wurden, um das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank zu erweitern, war das Ziel, die Wirtschaft zu unterstützen und zu fördern und das Mandat der EZB zu erfüllen.

Man darf sich nicht nur auf eine einzige Seite konzentrieren – eine Tatsache, die Sie erkannt haben und die Sie dargestellt haben –, sondern man muss sich das gesamte Bild ansehen, und man muss sich sämtliche Instrumente ansehen, die sowohl auf der geld- als auch auf der fiskalpolitischen Ebene und auch unter dem Gesichtspunkt der Strukturreformen eingesetzt werden. Ich glaube, dass die Europäische Zentralbank in dieser Hinsicht getan hat, was sie tun musste.

Es wäre natürlich ideal, und niemandem wäre es lieber als mir, wenn wir in positive Gefühle zurückkehren und wieder zuversichtlicher sein könnten, weil das Wachstum zurückgekehrt ist, weil die Investitionen wieder anziehen, weil die Produktivität steigt und weil die Fiskalpolitik gemeinsam mit der Geldpolitik eingesetzt wird, um die Wirkung unserer Geldpolitik zu verstärken. Wir müssen jedoch geduldig handeln, um die Wirtschaft in diese Richtung zu lenken, und ich kann Ihnen versichern, dass diese Fragen bei der Prüfung unserer geldpolitischen Strategie genau unter die Lupe genommen werden. Die Geldpolitik muss sich jedoch im Laufe der Zeit ändern – in Abhängigkeit von den Fakten, die wir sehen, im Einklang mit dem Mandat, das wir erhalten haben, und ohne es zu vermässeln, um es unverblümt zu sagen.

1-016-0000

Stasys Jakeli nas (Verts/ALE). – Frau Lagarde, als ich vor einigen Monaten Mitglied dieses Parlaments geworden bin, habe ich mich gefragt, warum Kommunikation und Forward Guidance im Regelwerk der Zentralbank so wichtig sind.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass Kommunikation und Finanzstabilität die beiden Themen sind, die wir hier diskutieren. Ich erinnere mich auch daran, dass ich mir – vielleicht im September oder Oktober – die Forschungspläne der EZB angesehen habe und festgestellt habe, dass Verhaltensökonomie auf der Liste der Themen steht, zu denen die Forschung vertieft werden soll. Ich könnte auch auf die Autoren bzw. Nobelpreisträger Daniel Kahneman, Robert Shiller, George Akerlof und Richard Thaler verweisen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, also ist Verhaltensökonomie möglicherweise Teil der Antwort auf die Frage, wie das Finanzsystem zu verstehen und zu verwalten ist.

Ich beziehe mich auch kurz auf die von der EZB gesponserte Serie von Arbeitspapieren von Cars Hommes mit dem Titel „Behavioural and experimental macroeconomic and policy analysis: a complex systems approach“, und die in diesem Text verwendeten Schlüsselbegriffe sind Erwartungen, Feedback, Lernen, Koordinationsversagen, nahezu selbsterfüllende Gleichgewichte, einfache Heuristiken usw. usw. Wir könnten das moralische Risiko ergänzen; wir könnten auch die berühmten animalischen Instinkte dazu zählen.

Wie sehen Sie also die Rolle der Verhaltensökonomie – das zu verstehen und vielleicht auch zu managen, weil Sie für mich wie ein Magier sind, verstehen sie? Unter anderem müssen sie

irgendwie mit animalischen Instinkten fertig werden: Sie wieder anregen, wenn sie schwach sind, und sie wahrscheinlich eindämmen, wenn sie zu wild sind. Was ist also Ihre Ansicht zu diesen Themen und zur Forschung zu Verhaltensökonomie?

1-017-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank für Ihre sehr sachdienliche und zielgerichtete Frage. Wir neigen dazu, im Rahmen meiner Aufgabe eher Geldökonomien und eventuell Makroökonomien, ihre Schriften und ihre Papiere zu betrachten als Verhaltensökonomien. Aber in meinem früheren Leben habe ich mich sicher dafür interessiert, was Verhaltensökonomien zu sagen hatten, und ich glaube, dass dies für unsere Aufgabe von großer Bedeutung ist. Die wichtigsten Autoren, die Sie erwähnt haben, sind auch in der Bibliothek der EZB zu finden, und wir werden sie und alle anderen betrachten.

1-018-0000

Derk Jan Eppink (ECR). – Frau Präsidentin, lassen Sie mich zunächst Ihre Bemühungen zur Verbesserung der Kommunikation begrüßen. Ihr Vorgänger hat dies nicht getan. Er hat sich isoliert, ist mürrisch geworden, und schließlich wurde er mit Graf Dracula verglichen. Ich gebe zu, dass das der Titel der Bildzeitung war. Auch in meinem Land ist Misstrauen gegenüber der EZB sehr verbreitet. Die Menschen haben das Gefühl, dass man sie bestiehlt, insbesondere Rentner und Sparer. Es gibt also viel zu tun, aber ich bin froh über Ihre *capacité d'écoute*.

Frau Präsidentin, Sie begrüßen den Grünen Deal. Seine Gesamtkosten über einen Zeitraum von 20 Jahren belaufen sich auf 11,5 Billionen EUR – Billionen. Ein zusätzlicher Übergangsfonds wird mit 1 Billion ausgestattet, d. h. insgesamt 12,5 Billionen EUR – ein enormer Betrag. Wie wird dies finanziert – und hier müssen wir uns die zukünftige Überprüfung der Geldpolitik durch die EZB ansehen –, durch eine grüne quantitative Lockerung oder durch die Einführung grüner Anleihen? Können Sie den Bürgern Europas sagen, wer diese enormen Beträge zahlen wird und welche Rolle die EZB dabei spielt?

1-019-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank für Ihre Frage. Ja, der von Präsidentin Ursula von der Leyen befürwortete Grüne Deal ist sicherlich eine Richtung, ein Projekt und eine Mission, die ich persönlich begrüße und lobenswert finde. Nun muss jeder da, wo er sich befindet, und im Rahmen der ihm zugewiesenen Aufgaben seine Arbeit machen. Offenbar hat die EZB ein Mandat, das eindeutig ist und mit Preisstabilität zu tun hat, das auf einem sehr klar definierten Rahmen beruht und das wir im Rahmen unserer Überprüfung der Strategie im Jahr 2020 überprüfen werden.

Wie die Frage des Klimawandels im Rahmen unserer Überprüfung der Strategie berücksichtigt werden kann, wird in den nächsten Monaten entschieden werden. Es ist von entscheidender Bedeutung zu verstehen, wie die Preisbildung – relative Preise, Inflationserwartungen, tatsächliche Kosten, verändertes Verhalten der Verbraucher – für die Ermittlung einiger unserer Kennzahlen für die Preisstabilität tatsächlich relevant ist.

In dieser Hinsicht und da, wo wir jetzt stehen, mit der Aufgabe, die wir jetzt haben, werden wir diese Zwänge mit Sicherheit berücksichtigen, und auf die gleiche Weise – ohne etwas zu überstürzen, denn wir müssen die Wahrheit herausfinden – müssen wir über die Kennzahlen verfügen und in der Lage sein, zu demonstrieren, welche Arbeit wir geleistet haben und welche Maßnahmen wir ergriffen haben.

Wir können in Zukunft sicherlich die Sicherheiten betrachten, die wir im Rahmen unserer Geldpolitik annehmen, um festzustellen, ob Risiken angemessen bewertet werden oder nicht. Dies muss auch bei der Aufsichtsfunktion der EZB berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht und im Rahmen des Mandats der EZB können wir also sicherlich zu diesem übergeordneten Ziel beitragen, das von der derzeitigen Kommission unter der Führung von Frau Von der Leyen als eines der zwingenden Ziele ermittelt wurde.

1-020-0000

Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Lagarde, willkommen in unserem Ausschuss! Ich möchte Ihnen zwei, drei Fragen stellen. Erstens haben Sie die Ausbreitung des Coronavirus angesprochen. Da Sie keine zahlenmäßige Prognose abgegeben haben, hätte ich gerne gewusst, inwiefern sich die Ausbreitung des Coronavirus nach Ansicht der Europäischen Zentralbank auf die Entwicklung der europäischen und weltweiten Wirtschaft auswirken wird. Könnten Sie diesbezüglich einige Szenarien und Schätzungen nennen? Das würde uns sehr weiterhelfen.

Meine zweite Frage betrifft mein Heimatland, nämlich Griechenland. Wie Sie sicherlich auch von Ihrer früheren Funktion als Chefin des Internationalen Währungsfonds her wissen, hat Griechenland den Rettungsschirm im August 2018 verlassen und im Jahr 2019 Wachstumsraten verzeichnet, die über dem Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets lagen, wobei für 2020 ähnliche Zahlen prognostiziert werden. Außerdem hat ein beträchtlicher Schuldenabbau stattgefunden, und das Land ist seit geraumer Zeit wieder dynamisch und erfolgreich am Anleihemarkt vertreten. Bei meiner Frage geht es um eine Entscheidung der Zentralbank, auf die wir seit langem warten. Im Jahr 2015 wurde für die Möglichkeit griechischer Banken, griechische Anleihen zu erwerben, eine Grenze von acht Milliarden Euro eingeführt. Seither hat sich die Lage – wie ja auch Sie selbst es sehen – bedeutend verbessert. Dürfen wir in diesem Zusammenhang folglich positive Nachrichten und eine positive Entwicklung erwarten?

Und nun zu meiner dritten Frage. Vor wenigen Tagen forderte unser Ausschuss im Wege einer entsprechenden EntschlieÙung, die wir kommende Woche auch im Plenum erörtern werden, dass auch griechische Anleihen in das Programm der quantitativen Lockerung aufgenommen werden. Wann dürfen wir diesbezüglich mit einem Fahrplan Ihrerseits rechnen?

1-021-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Sie sprechen eine weitergehende quantitative Lockerung an. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass die Entscheidung im September getroffen wurde. Es gibt nicht mehr als das, was im September beschlossen wurde, und wir befinden uns in der Umsetzungsphase des damals beschlossenen Programms, eines zusätzlichen Programms zum Ankauf von Vermögenswerten im Wert von 20 Mrd. EUR monatlich. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft und die beabsichtigten Auswirkungen sind eigentlich darauf ausgerichtet, am langfristigen Ende der Renditekurve zu wirken und sicherzustellen, dass die Finanzierungskosten auf einem niedrigen Niveau gehalten werden, und ich glaube, dass dies eindeutig Auswirkungen hat, wie andere Instrumente, die bereits im September eingesetzt und beschlossen wurden.

Ich möchte mich auf den zweiten Teil Ihrer Frage konzentrieren, der meiner Ansicht nach stichhaltiger ist, nämlich die Frage der griechischen Staatsanleihen und ob sie für das Programm infrage kommen. Sie kommen derzeit nicht für die neue Nettoankaufphase des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) infrage, die wie bereits erwähnt am 1. November angelaufen ist, und sie kamen weder in der Nettoankaufphase des APP zwischen 2015 und 2018 noch in der Reinvestitionsphase des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten des öffentlichen Sektors infrage.

Wenn sich die Lage weiter so verbessert wie derzeit – und ich glaube, dies wurde vor einigen Tagen von meinem Kollegen, Vizepräsident Luis de Guindos, erwähnt, der für eine Konferenz in Athen war – und auf der Grundlage der Kriterien, die wir auf all diese Käufe anwenden, bin ich zuversichtlich, dass in Zukunft auch griechische Anleihen infrage kommen. Die Lage verbessert sich allmählich, und ich hoffe von ganzem Herzen, dass sie dies auch weiterhin tut, denn das wird zeigen, dass die Märkte die Lage der griechischen Wirtschaft so bewerten, dass sie sich weiter verbessert und bessere Ratings verdient.

1-022-0000

Lídia Pereira (PPE). – Frau Lagarde! Ich heiße Sie erneut herzlich willkommen im Parlament. Ihr Engagement für einen engen und transparenten Dialog mit dem Parlament und vor allem mit der Kommission ist ein guter Ausgangspunkt für diesen neuen kommunikativen Ansatz der Europäischen Zentralbank. Einige andere für den Euro zuständige politische Entscheidungsträger, insbesondere der Präsident der Euro-Gruppe, würden gut daran tun, Ihrem Beispiel zu folgen.

Die Beibehaltung unkonventioneller Maßnahmen ist eine gute Nachricht für die Gegenwart, und die Eröffnung des Verfahrens zur strategischen Überprüfung der Geldpolitik ist eine gute Gelegenheit für uns, für gute Nachrichten zu sorgen. Wenn wir eine so eingehende Debatte führen wollen, ist es besser, gleich alle Dimensionen der Tätigkeiten der Europäischen Zentralbank zu erörtern; daher wird sich meine Frage auf die Aufsicht beziehen.

Im Zuge der Finanzkrise wurden die Schwächen der Bankenaufsichtssysteme auf der ganzen Welt aufgedeckt, und die Europäische Union reagierte mit mehr Instrumenten und ist stabiler geworden. Die Wahrheit ist, dass auch heute noch Skandale im Zusammenhang mit dem Versagen oder der Unterlassung der Aufsichtsbehörden auftreten. Wenn die Realität mehr Sorgfalt erfordert, entscheiden sich einige Aufsichtsbehörden, insbesondere Zentralbanken, nach wie vor dafür, weniger einzugreifen.

Daher frage ich Sie, ob Sie mit der derzeitigen Ausgestaltung der europäischen Bankenaufsicht zufrieden sind oder ob Sie andererseits der Meinung sind, dass die Zentralbank in diesem Bereich stärker sein sollte? Wie können wir insbesondere die nationalen Aufsichtsbehörden dazu veranlassen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Eignung von Direktoren sicherzustellen, zumal die Eignung nicht nur ein Konzept, sondern ein Wert ist, der verteidigt wird, damit es keine Skandale gibt, sondern diese verhindert werden können?

1-023-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Zunächst einmal bin ich der Meinung, dass die europäische Aufsicht versucht, die bestmögliche Arbeit zu leisten. Zweitens wird, wie Sie wissen, ein Unterschied gemacht abhängig davon, ob ein Schwellenwert erreicht wird oder nicht, und es gibt Banken, die tatsächlich unter die europäische Aufsicht fallen, und Banken, die viel stärker unter die nationale Aufsicht fallen. Ich erinnere mich an die Gespräche mit Frau Nouy, der früheren Leiterin des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB), die sich darüber beklagte, dass es zuweilen so viele Auslegungen für dieselbe Bestimmung gab. Ich stimme Ihnen zu, dass die Instrumente und das gesamte Instrumentarium so weit wie möglich genutzt werden sollten, um unterschiedliche Auslegungen und Schwellenwerte zwischen den verschiedenen Banken, die zum Bankensystem des Euro-Währungsgebiets gehören, zu antizipieren und zu verhindern.

Ich glaube auch, dass es im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) eine stärkere und bessere Harmonisierung geben könnte und dass eine Verordnung anstelle einer Richtlinie in dieser Hinsicht sehr hilfreich wäre. Die Aufsicht erstreckt sich auf die tatsächliche Aufsicht und die Einhaltung der verschiedenen makroprudenziellen und regulatorischen Anforderungen, aber auch auf die Bereiche der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, die mich persönlich sehr beunruhigen und in denen Europa mehr Autonomie haben könnte als derzeit.

1-024-0000

Evelyn Regner (S&D). – Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit, und jede Behörde und jeder Regierungs- und Verwaltungsbereich sollte so weit wie möglich dazu beitragen, unsere Volkswirtschaften in den nächsten Jahrzehnten klimaneutral zu gestalten. Die EZB ist nach Artikel 127 des Vertrags verpflichtet, die Ziele der Union zu unterstützen, soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist. Es gibt also viele

Möglichkeiten, wie die EZB zum Ziel der Klimaneutralität beitragen könnte. Den Schätzungen der Kommission zufolge werden wir in den nächsten Jahrzehnten jährlich 260 Mrd. EUR benötigen werden, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Ist die EZB bereit, zur Mobilisierung dieser Mittel beizutragen?

Professor Wieland schlug dem Europäischen Parlament im Dezember vor, dass die EZB in Erwägung ziehen könnte, umfassende Mittel zu denselben potenziell negativen Zinssätzen, die sie den Banken derzeit im Rahmen ihres gezielten langfristigen Refinanzierungsprogramms zur Verfügung stellt, an die Europäische Investitionsbank zu verleihen, und zwar im Gegenzug für die Umsetzung eines vereinbarten umfassenden Programms für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und grüne Energie im gesamten Euro-Währungsgebiet. Wäre die EZB dazu bereit?

1-025-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Das ist eine großartige Frage, denn sie hilft mir, klarzustellen, was wir tun können und was nicht.

Zunächst einmal ist die EIB eine Agentur und als solche keine Einrichtung, an die wir tatsächlich direkt Darlehen vergeben können, ohne Gefahr zu laufen, gegen den Vertrag zu verstoßen. Das ist der erste Punkt.

Aus ähnlichen Gründen können wir unmöglich EIB-Anleihen auf dem Primärmarkt ankaufen. Unabhängig davon, ob es sich um Darlehen oder um den Ankauf von Anleihen handelt, können wir das im Rahmen des Vertrags also nicht tun. Käufe auf dem Sekundärmarkt sind etwas, was wir tun können und getan haben, und in dem Maße, in dem die EIB beim Volumen, bei der Emission und bei der Verbreitung ihrer Finanzprodukte wächst, werden wir natürlich sehr darauf achten, dass wir zu den Käufern dieser Anleihen auf dem Sekundärmarkt gehören. Das ist also der Punkt, wo wir wirklich etwas bewirken können.

Sie geben mir auch Gelegenheit, etwas klarzustellen, was ich glaube ich eben schon erwähnt habe, aber ich werde Ihre Frage nutzen, um das noch einmal klarzustellen: Sie haben erwähnt, wie die EZB die wirtschaftlichen Ziele unterstützen muss, die verschiedene Aspekte umfassen, darunter die ökologische Nachhaltigkeit. An dieser Stelle leisten wir Unterstützung. In diesem Zusammenhang sind wir nicht an der Politikgestaltung beteiligt, und das unterliegt dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität bzw. darf dieses Ziel nicht beeinträchtigen.

Was ich vorgeschlagen habe und was ich glaube ist, dass die ökologische Nachhaltigkeit im Rahmen des vorrangigen Ziels Auswirkungen hat und berücksichtigt werden sollte, weil sie Auswirkungen auf Preise und relative Preise, auf den Verbrauch und auf die von Verbrauchern und Unternehmen erwarteten Risiken hat und weil sie diese Gesamtheit von Elementen bildet, die wir berücksichtigen müssen, wenn wir durch unsere Geldpolitik zur Preisstabilität beitragen, die unser wichtigstes Mandat ist.

Das ist also ein anderer Ansatz, wie die ökologische Nachhaltigkeit beeinflusst werden kann und sollte, wenn wir die Preise richtig bewerten und die Inflation richtig bestimmen wollen.

1-026-0000

José Manuel García-Margallo y Marfil (PPE). – Frau Vorsitzende! Herzlich willkommen im Parlament, Frau Lagarde! Ich möchte einige allgemeine Bemerkungen abgeben, die mir aber wichtig erscheinen. Aus den Unterlagen, die uns übergeben wurden, kann man entnehmen, dass es durchaus Anlass zur Sorge gibt, und zwar aufgrund von geopolitischen Risiken. Die Unterzeichnung der ersten Phase des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und China hat zwar eine gewisse Erleichterung mit sich gebracht, es bleiben jedoch viele Fragen offen, und Grund zur Sorge besteht nach wie vor. Die Erhöhung der amerikanischen Einfuhren um 200 Mrd. USD wird dazu führen, dass weniger in Europa eingekauft wird.

Und auch mit Blick auf den Brexit sind die Nachrichten nicht wirklich gut. Wir wissen nur, dass der neue britische Premierminister alle Szenarien außer einem einfachen Freihandelsabkommen nach kanadischem Modell ausschließt und keine engere Verbindung zu Europa will. Und im Nahen Osten sieht die Lage in Iran zwar so aus, als wäre sie unter Kontrolle, aber Anlass zur Sorge bietet sie noch immer.

Ich komme jetzt nicht auf die Risiken des Immobilienmarkts zu sprechen, die wir Spanier zur Genüge kennen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir uns in Anbetracht all dessen offenbar in einem Szenario eines Abschwungs nach japanischem Modell befinden, das von einem langen Zeitraum mit geringem Wachstum, niedriger Inflation und niedrigen Zinsen geprägt ist, aber eine Arbeitslosenquote aufweist, die in manchen Ländern – beispielsweise in meinem – eindeutig nicht hingenommen werden kann.

Manche Experten sagen, dass nun fiskal- oder haushaltspolitische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Aber das ist ja wegen des Umfangs der öffentlichen Schulden kaum möglich, und weil die neuen Risiken, die Digitalisierung und der Kampf gegen den Klimawandel zwei Dinge erfordern: Investitionen und einen Ausgleich für die Produktionssektoren. Ich sehe diesbezüglich also sehr wenig Hoffnung.

Wenn das nun aber so ist: Mit welcher Politik wird die Europäische Zentralbank mittel- und langfristig auf diesen Kontext des bereits festgestellten Abschwungs, der in nächster Zeit noch ausgeprägter zu werden droht, reagieren?

1-027-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Sie haben recht, dass es vielfältige Abwärtsrisiken gibt, und wenn einige von ihnen abflauen, treten neue an ihre Stelle. Dies ist ein Faktor für die Entwicklung unserer Weltwirtschaft. Ich stimme ihnen zu, dass das handelsbezogene Risiko im Zusammenhang mit dem Handelskrieg zwischen den USA und China eingedämmt und abgemildert wurde, aber jetzt haben wir die neuen Entwicklungen in China mit dem Coronavirus, und wir wissen immer noch nicht, welche Auswirkungen das auf die chinesische Wirtschaft und auf globaler Ebene, auf unsere Weltwirtschaft, haben wird. Deshalb müssen wir auch hier vorsichtig, aufmerksam und geduldig sein. Solche Pandemien haben tendenziell starke Auswirkungen, und sobald sie eingedämmt sind, wächst die Wirtschaft wieder, sodass wir die Auswirkungen auf dem Weg nach unten, aber auch auf dem Weg nach oben betrachten müssen. Das ist im Fall von SARS vor einigen Jahren passiert. Wir müssen sehen, wie sich dieser Fall entwickelt, wie ähnlich er in den Bezug auf den Ansteckungszeitraum ist und wie sich die Krankheit anderswo verbreitet.

Was Sie beschrieben haben, das Umfeld mit niedriger Inflation und niedrigen Zinsen – und auch niedriger Produktivität – gibt Grund zur Besorgnis. Der Grund dafür, dass wir unsere Geldpolitik so betreiben und so verpacken, wie wir das tun, besteht gerade darin, diese Probleme anzugehen. Ich würde die derzeitige Situation des Euro-Währungsgebiets jedoch in keinsten Weise mit Japan vergleichen. In Japan gab es eine Deflation, die jahrzehntelang anhielt. Die so wichtigen Inflationserwartungen liegen weit unter den Inflationserwartungen der Bürger des Euro-Währungsgebiets, die in unserer Region immer noch bei rund 1,7 % liegen. Wir sprechen also von einer ganz anderen Situation, in der die Realzinsen, deflationiert durch die Inflation in Japan, viel höher sind als hier im Euro-Währungsgebiet.

Ich würde die aktuelle makroökonomische Lage also nicht zu negativ oder zu schlecht bewerten. Wir haben Anzeichen einer Stabilisierung gesehen. Die vorausschauende Outputerhebung ist selbst im verarbeitenden Gewerbe relativ positiv, und das ist seit fünf Monaten der Fall. Es gibt einige positive Anzeichen. Wie ich bereits gesagt habe, müssen wir sie unterstützen, an dieser Stelle geduldig sein und die Wirtschaft weiterhin unterstützen, indem wir die Finanzierungskosten auf einem niedrigen Niveau halten.

1-028-0000

Engin Eroglu (Renew). – Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Lagarde! Ich freue mich sehr, dass Sie wieder in unserem Ausschuss sind und wir so regelmäßig im Gespräch sein können. Es ist so, dass ich gerne mit Ihnen ein bisschen mehr über die EZB sprechen möchte und mich auch wirklich darüber freue, dass Sie die EZB mehr in den Fokus der Bürger bringen möchten, ich will mal sagen, ein bisschen mehr Werbung für die EZB machen möchten. Da ist meine Hoffnung natürlich, dass der Bürger ein bisschen mehr Verständnis für Geldpolitik bekommt und in der Zukunft vielleicht bei seiner Wahlentscheidung auch darauf schaut, Politiker zu wählen, die sich im Bereich der Wirtschaft und Währung auskennen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen über die Bilanzsumme der EZB sprechen, Frau Lagarde. Die ist inzwischen bei 4,5 Billionen Euro angekommen, und wir haben so seit 2015 einen expansiven Ausbau der Bilanzsumme gehabt. Da haben wir angefangen mit Ankäufen in Höhe von 720 Milliarden, 2016 dann von 960 Milliarden und so weiter, bis dann 2018 die EZB aufgehört hat, Anleihen und Staatsanleihen zu kaufen, und dann im November 2019 wieder begonnen hat, monatlich Anleihen in Höhe von 20 Milliarden zu kaufen. Das heißt, die Bilanzsumme der EZB wird ständig größer. Damit wird die EZB immer wichtiger und füllt dadurch eine immer stärkere Rolle in der Europäischen Währungsunion aus. Auch Sie persönlich werden dadurch immer wichtiger, denn Sie haben ja ein langes Mandat in der Europäischen Union. Und jetzt stellt sich die Frage: Wo geht es hin? Dadurch, dass die Ankäufe so massiv sind, ist natürlich auch die Refinanzierung für die handelnden Banken im Markt schwieriger geworden. Denn wenn ein *big player* da ist, der viel rauskauft, können die Staaten natürlich sozusagen den Zinssatz ja so gestalten, dass sie davon profitieren.

Nun ist es so, dass durch diese massive Geldpolitik ... wenn wir da jetzt reinschauen, dass wir sehen, dass manche Staaten jetzt diese Chance genutzt haben. Da bin ich bei Ihnen. Also es gibt da sehr viel Sonne, dass viele das genutzt haben, um ihren Staat umzubauen. Aber es gibt auch Staaten, die das halt nicht nutzen, um ihre Politik umzubauen, und diese Niedrigzinspolitik nicht nutzen. Was wollen Sie dagegen tun, dass diese Staaten das machen?

1-029-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Unsere Mandat besteht – ich werde das *ad nauseam* wiederholen und ich bin diesbezüglich sehr standhaft – in Preisstabilität, und unsere Geldpolitik ist in all ihren Bereichen darauf ausgerichtet, dieses Mandat zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund werden bei der Gestaltung von Programmen zum Ankauf von Vermögenswerten und besicherten Refinanzierungsgeschäften zwei Aspekte berücksichtigt: wie wirksam sie sind und wie riskant sie sind. Wir müssen die Risikokomponente natürlich berücksichtigen, mit einem Risikokontrollrahmen, durch den Risiken gemindert und sehr genau überwacht werden.

Was unseren Ankauf von Vermögenswerten betrifft, so haben wir das Kreditrisiko begrenzt, indem wir nur Vermögenswerte von ausreichender Kreditqualität erwerben, indem wir das Volumen, das wir von jedem Emittenten und jeder Emission kaufen, begrenzen und indem wir für Diversifizierung sorgen. Das ist eine der Fragen, die Ihr griechischer Kollege gestellt hat: Wann werden die griechischen Anleihen infrage kommen? Da wir Risiken steuern und dieses Portfolio sicher und solide halten müssen, tun wir dies in sehr vorsichtiger Weise, und wir überwachen dies sehr regelmäßig.

Das ist also die Risikoseite der Dinge. Zum Punkt Effizienz habe ich bereits gesagt – aber ich wiederhole es gerne –, dass das Ziel der Preisstabilität, das wir verfolgen, auch der wirtschaftlichen Entwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Förderung von zusätzlichem Wachstum und der Förderung von Investitionen dienen soll. Einer der Gründe dafür, dass die Finanzierungskosten für die Finanzierung von Investitionen – sei es durch

Unternehmen, die neue Anlagen, neue Maschinen, neue Werkzeuge kaufen, oder durch Haushalte, wenn sie umziehen oder ihre erste eigene Wohnung kaufen – so niedrig sind und in den letzten fünf Jahren noch niedriger waren, liegt in der Geldpolitik. In diesem Sinne hat sie stark geholfen.

1-030-0000

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Im September vergangenen Jahres waren wir uns einig in unserer Einschätzung, dass sich die EZB unter Ihrem Vorgänger eigentlich kaum an den Wortlaut der Verträge hielt. Dabei versicherten Sie nun dem Ausschuss, dass die EZB auch künftig vertragliche Transgressionen im öffentlichen Interesse nicht unbedingt scheuen werde. Andererseits jedoch halten Sie am EZB-Inflationsziel von asymptotisch zwei Prozent fest, obgleich es in den Verträgen dafür keine eigentliche Rechtsgrundlage gibt.

Dieser scheinbare Widerspruch könnte nun so gedeutet werden, dass die EZB selbst gesetzte Ziele wie zwei Prozent Inflation für verbindlicher hielte als vertragliche Vorgaben. Meine Frage dazu: Wenn ja, wieso? Wenn nein, gibt es vertragliche Vorgaben im Vertragskapitel der Verträge zur Geldpolitik, die die EZB für ähnlich sakrosankt hält wie Draghis Umdeutung des Ziels der Preisstabilität in zwei Prozent Inflation?

Nun zu meiner zweiten Frage: Gemessen am Bruttosozialprodukt ihres Währungsgebietes hat die Bank of England ca. 15 % Geld gedruckt, die Fed gut 25 % und die EZB jedoch über 40 % des Euro-BSPs, Tendenz rapide steigend. Geben Sie mir bitte ein historisches Beispiel dafür, dass enthemmtes Gelddrucken langfristig Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg begründet.

1-031-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich möchte zwei Dinge klarstellen.

Zunächst einmal wurden alle Instrumente, die von der EZB genutzt wurden, im Rahmen ihres Mandats genutzt, und zwar in der Zeit, bevor ich die Leitung der EZB übernommen habe. Dies wurde vom Gerichtshof der Europäischen Union in Bezug auf die Ankündigung des OMT-Instruments, das nie wirksam umgesetzt und genutzt wurde, und in jüngerer Zeit auch in Bezug auf das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors, das PSPP, das Bestandteil des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten ist, bestätigt.

Der Gerichtshof hat auch ihre Verhältnismäßigkeit in Bezug auf die spezifischen Ziele der Geldpolitik der EZB bekräftigt. Der Ankauf von Staatsanleihen im Rahmen des PSPP ist auch mit dem Verbot der monetären Finanzierung gemäß Artikel 123 des Vertrags vereinbar.

Das ist also die Art von rechtlichen Parametern und Gerichtsurteilen, in deren Rahmen die geldpolitischen Instrumente eingesetzt wurden, und diese Beschlüsse sind verbindlich und ihre Bedingungen werden von allen Betroffenen sehr sorgfältig geprüft. Das ist der erste Punkt.

Punkt Nummer 2: Sie haben sich auf das 2 % -Ziel bezogen, das eingangs bereits erwähnt wurde, daher möchte ich nur eines klarstellen. 1998 wurde Preisstabilität definiert und erläutert – und der Rahmen, innerhalb dessen sie gemessen werden sollte, festgelegt – als „unter 2 %“. Dies war die ursprüngliche Festlegung 1998, und da sprechen wir von einer Zeit, in der wir im Vergleich zu heute eine massive Inflation hatten. Das war also der Hintergrund dafür.

Im Jahr 2003 wurde dieser Rahmen im Rahmen einer vergleichsweise kurzen Überprüfung der Strategie überarbeitet und anschließend neu definiert, denn zwischen Null oder möglicherweise unter Null und 2 % liegt eine große Bandbreite. Um die Erwartungen zu lenken und diesen Spielraum für politische Zwecke zu ermöglichen, wurde das Inflationsziel als „nahe bei, aber unter 2 %“ definiert; Sie haben gesehen, was andere Zentralbanken weltweit getan haben, und das ist anders als das, was andere tun – ob es sich um die Bank of England handelt, ob es sich

um die FED handelt, da ist es viel enger definiert als 2 %, und das wird derzeit auf Ebene der FED überprüft.

Das sind also zwei Punkte, die ich gerne klarstellen wollte, um anzugeben, innerhalb welcher Parameter wir tätig sind und was derzeit der Rahmen ist. Dieser Rahmen ist es, den wir im Rahmen unserer geldpolitischen Strategie überprüfen werden.

Dabei handeln wir offensichtlich im Rahmen unseres Mandats gemäß dem Vertrag und unter gebührender Berücksichtigung der für uns verbindlichen Rechtsprechung. Ich bin von Haus aus Anwältin. Ich halte mich an die Regeln. Wir müssen jedoch alle Bereiche dieser Regeln prüfen – im Einklang mit den Vorschriften und im Einklang mit den Urteilen des Gerichtshofs.

1-032-0000

Pedro Silva Pereira (S&D). – Frau Lagarde, ich möchte Sie dazu beglückwünschen, dass sie so eine wichtige Überprüfung der Strategie in der EZB durchführen – wie Sie gesagt haben, im Einklang mit dem Mandat der EZB und im Einklang mit dem Beginn des neuen europäischen Grünen Deals. Aber ich möchte Sie auch zu dem beglückwünschen, was Sie nicht geändert haben – der Unterstützung des Wirtschaftswachstums durch die Geldpolitik. Meine Fragen beziehen sich jedoch auf die Fiskalpolitik.

In Ihrem ersten Beitrag sagten Sie, dass in der derzeitigen Situation eines moderaten Wachstums und einer moderaten Dynamik „nicht nur die Geldpolitik, sondern auch die Fiskalpolitik eine wichtige Rolle spielen“ müsse. Dies ist natürlich keine neue Forderung der Europäischen Zentralbank, daher möchte ich Sie fragen, wie Sie die Reaktion der Fiskalpolitik im Euro-Währungsgebiet bewerten. Wie würden Sie außerdem die makroökonomischen Folgen bewerten, die sich daraus ergeben, dass die Fiskalpolitik nicht das tut, was zur Förderung des Wirtschaftswachstums erforderlich ist?

Zweitens wissen wir, dass sich Ihre Botschaft besonders an diejenigen richtet, die über einen gewissen fiskalpolitischen Spielraum verfügen. Ist dies eine Botschaft nur für Deutschland und die Niederlande, oder würden Sie sagen, dass einige andere Länder immer noch Spielraum haben oder jetzt Spielraum haben, um mehr fiskalpolitische Maßnahmen zu ergreifen?

1-033-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich habe versucht, eine Analogie aus dem Bereich Sport zu finden, um Ihnen zu erläutern, wie eine angemessen abgestimmte Fiskalpolitik die Geldpolitik tatsächlich verstärken kann. Ich habe gezögert zwischen dem Wettlauf und der Übergabe des Staffelstabs, aber eigentlich ist es etwas dazwischen, denn wenn sie gut abgestimmt arbeiten können, helfen sie sich gegenseitig. Das ist sicherlich der Fall, wenn fiskalpolitische Entscheidungsträger in einem Umfeld tätig sind, in dem die Finanzierungskosten so niedrig sind.

Wir haben also gesagt und sehr deutlich gemacht, dass politische Entscheidungsträger, wenn es einen fiskalpolitischen Spielraum gibt, diesen fiskalpolitischen Spielraum tatsächlich nutzen sollten, um die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets zu unterstützen. Ich werde nichts dazu sagen, welche Länder des Euro-Währungsgebiets genau über diesen fiskalpolitischen Spielraum verfügen. Ich möchte lediglich darauf hinweisen, dass einige der Länder, die über fiskalpolitischen Spielraum verfügen, begonnen haben, einen Teil dieses fiskalpolitischen Spielraums jetzt und in naher Zukunft zu nutzen, um die Wirtschaft tatsächlich zu unterstützen, die Produktivität zu steigern und in die benötigten Kapazitäten zu investieren. Das ist aus unserer Sicht als EZB sicherlich begrüßenswert: Einen Beitrag zur Steigerung der Produktivität zu leisten und in die langfristigen Erfordernisse Bildung, angemessene Breitbandnetze und künstliche Intelligenz zu investieren – alles Instrumente des neuen Umfelds, die unsere europäischen Volkswirtschaften stärken und autonomer machen – liegt eindeutig im Interesse aller.

1-034-0000

Damien Carême (Verts/ALE). – Frau Lagarde, bei der Anhörung vor Ihrer Amtsübernahme habe ich Sie nach der Beziehung zu den Bürgern gefragt, die Sie aufbauen wollten. Ich freue mich sehr, heute Vormittag zu hören, dass Sie sich dieses Themas annehmen.

Sie möchten – ich nehme jetzt die von Ihnen angesprochenen Themengebiete wieder auf – die Öffentlichkeit – die Bürger – zur Inflation, zur Arbeitswelt und zu ihrer Wohnsituation befragen. Ich glaube aber, dass wir bereits jetzt den Millionen europäischer Bürger, die auf die Straße gehen und fordern, dass der Klimawandel aufgehalten wird, und dem Vorstandsvorsitzenden einer großen französischen Versicherung Gehör schenken müssen, der sagt, dass die Welt bald nicht mehr versichert werden könne, weil die Schäden so hoch seien – die vom Klimawandel verursachten Schäden, aber auch der Schaden für die Wirtschaft.

Die EZB hat stets versichert, dass sie bei der Auswahl der Vermögenswerte im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors dem Grundsatz der Marktneutralität Folge leistet. Wollen Sie bei der derzeitigen Überarbeitung des geldpolitischen Rahmens auch diesen Grundsatz überdenken, da seine Anwendung tatsächlich dazu geführt hat, dass übermäßig viele Vermögenswerte von CO₂-intensiven Unternehmen, also den hauptsächlichsten Verursachern der Klimarisiken, im Portfolio sind, das damit alles andere als neutral ist?

Die Frage lautet also: Wie kann die EZB insbesondere im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeiten zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen? Denn hierauf kommt es doch an. Glauben Sie, dass die EZB diesen Punkt zu einer ihrer Forschungsprioritäten machen sollte?

1-035-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ja. Den ersten Punkt habe ich ja eben gegenüber Frau Regner ausgeführt, nämlich die Auswirkungen von Umweltbelangen generell auf das Ziel der Preisstabilität und die Art und Weise, wie dies am besten berücksichtigt werden kann.

Die Zahlen sind vielleicht derzeit nicht ganz perfekt, aber von 77 000 ökonomischen Studien und veröffentlichten Arbeiten insgesamt beziehen sich nicht einmal 0,1 % unmittelbar auf ökonomische Fragen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen.

Es ist also offensichtlich, dass man in der Forschung viel stärker den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Inflation, Klimawandel und Preisen, Klimawandel und Produktivität beleuchten muss – allesamt Faktoren, die mit Blick auf unser Mandat wesentlich sind. Dies also zur Forschung und zu den Auswirkungen dieser Arbeiten auf das Ziel der Preisstabilität, die ja unser Auftrag ist.

Zweitens gibt es Fonds, bei denen man – ohne den angesprochenen Neutralitätsgrundsatz in Frage zu stellen – durchaus handeln kann. Ich denke hier insbesondere an Pensionsfonds, ich denke auch an die Eigenmittel der Europäischen Zentralbank. Bei diesen beiden Punkten, zu den Investitionen des Pensionsfonds, wurden bereits Maßnahmen ergriffen, und die Manager dieser Fonds wurden angewiesen, in diesem Sinne zu handeln. Derzeit prüfen wir, wie wir die Indizes zumindest durch Indizes für Klimaneutralität ersetzen können. Auch bei den Liquiditätsreserven prüfen wir, inwiefern der Kampf gegen den Klimawandel einfließen kann.

Zur eigentlichen Geldpolitik: Das gesamte Portfolio besteht – vereinfacht gesagt – zu etwa 80 % aus Staatsanleihen, hier gibt es also keine bedeutenden Auswirkungen. 20 % sind Vermögenswerte von Unternehmen, und hier gehen wir tatsächlich nach dem Neutralitätsgrundsatz vor.

Da müssen wir genauer hinsehen. Ich weiß, dass es in anderen Banken – in erster Linie Zentralbanken – und im EZB-Rat anderslautende Meinungen gibt, aber das darf uns nicht daran hindern, genauer hinzusehen. Und dann haben wir noch den Aspekt der Verpfändung von Forderungen. Heutzutage wird das gesamte Portfolio der Sicherheiten und insbesondere das Portfolio der Europäischen Zentralbank – wie ich das dem Herrn eben erklärt habe – mit großer Umsicht mit Blick auf das Risiko und sehr maßvoll gemanagt, damit es vor den Risiken geschützt ist. Aber die Risiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel werden nicht in besonderem Maße berücksichtigt.

Hier braucht es wohl noch etwas Zeit, bis die Bewertungskriterien und die Indexe, die herangezogen werden sollen, festgelegt sind. Es zeichnen sich aber bereits mehrere ab. Wir müssen sehen, wie wir sie konsolidieren können, aber ich glaube, dass wir mit der Hilfe insbesondere einiger nationaler Zentralbanken, die hier schon weiter sind, in der Lage sein werden, so vorzugehen, dass die Risiken gut berücksichtigt werden können. Da geht es dann nicht mehr um eine Politik der Preisstabilität, sondern eher um Risikomanagement.

1-036-0000

Frances Fitzgerald (PPE). – Willkommen zurück im ECON-Ausschuss, Frau Lagarde. Ich möchte die Konsultationen, die Sie in den Mitgliedstaaten durchführen werden, und Ihre Anmerkungen zu Immobilien begrüßen, da ich glaube, dass sie angesichts dessen, was unsere Bürger gerade erleben, eine sehr wichtige Konsultation darstellen werden.

Wir haben den Brexit jetzt hinter uns und versuchen, die Handelsgespräche kurzfristig zum Abschluss zu bringen. Ich wollte Sie fragen, wie die Banken im Euro-Währungsgebiet Ihrer Ansicht nach auf den Brexit vorbereitet sind, insbesondere bei einem No-Deal-Szenario?

Zweitens: Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach eine enge regulatorische Zusammenarbeit oder Abstimmung mit dem Vereinigten Königreich in Bezug auf Finanzdienstleistungen nach dem Brexit?

Die andere Frage, die ich Ihnen stellen wollte, bezieht sich auf die emittentenbezogene Obergrenze von 33 % im Programm der quantitativen Lockerung. Die EZB hält einen erheblichen Teil der Anleihen und Emissionen in einigen Mitgliedstaaten wie Irland, Portugal und Deutschland und steht in diesen Ländern kurz vor dem Erreichen der emittentenbezogenen Obergrenze. Wie können Sie sicherstellen, wie kann die EZB sicherstellen, dass diese Länder von der emittentenbezogenen Obergrenze von 33 % nicht unverhältnismäßig betroffen sind und dass die EZB das kauft, was aufgrund ihres Kapitalschlüssels gerechtfertigt ist? Haben Sie in Betracht gezogen, die Obergrenze von 33 % für Emittenten im Programm der quantitativen Lockerung zu erhöhen, oder dürfte ich Sie fragen, ob sie sich Umstände vorstellen können, unter denen Sie in Erwägung ziehen würden, diese Obergrenze aufzuheben oder zu ändern, vielleicht ungünstige Umstände, sei es in einem einzelnen Land oder im gesamten Euro-Währungsgebiet?

1-037-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Zunächst einmal möchte ich Ihnen in Bezug auf die Situation nach dem Brexit sagen, dass wir bei der EZB vorbereitet sind. Wir haben Vorkehrungen getroffen und Vorsichtsmaßnahmen ergriffen und haben sicherlich mit der Bank of England die geeigneten Swap-Vereinbarungen getroffen, damit Gelder sowohl in Euro als auch in Pfund Sterling zur Verfügung stehen und dies nicht zu Volatilität oder Störungen beiträgt.

Die Banken selbst wurden in allen Regionen des Euro-Währungsgebiets immer wieder darauf hingewiesen, zu antizipieren, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und sich darauf vorzubereiten, dass im Dezember möglicherweise eine Regelung der Beziehung getroffen wird, die sich hauptsächlich auf den Handel auswirkt, da die Fragen der Regulierung des Finanzsektors und

der Banken von den Handelsverhandlungen, die derzeit geführt werden, getrennt sind. In gewisser Weise haben wir Glück, da Basel III eine Harmonisierungsplattform ist, auf der Banken reguliert werden und nach der sie beaufsichtigt werden, und wir hoffen sehr, dass der Brexit keine Chance für einen Wettlauf nach unten bietet und dass das insbesondere durch Basel III geschaffene Regelungsumfeld auch zwischen den Parteien dem Wortlaut und dem Sinne nach respektiert wird.

Die enge Beziehung, die im Laufe der Zeit entstanden ist, wird sich ändern, machen wir uns doch nichts vor. Da sich das Vereinigte Königreich für den Brexit entschieden hat, kann die Beziehung offensichtlich nicht dieselbe bleiben, kann es kein *business as usual* geben. Ebenso hoffe ich sehr, dass wir aufgrund der Erkenntnisse, aufgrund der Informationen, aufgrund des Zugangs weiterhin eine gute Beziehung – auf Abstand, aber eine gute und solide und enge Beziehung – haben können, denn ich glaube, dass es im Interesse des Euro-Währungsgebiets liegt, diese Beziehung aufrechtzuerhalten.

Was die Frage der quantitativen Obergrenze betrifft, so müssen wir natürlich die Verhältnismäßigkeit wahren, und wir müssen die geltenden Grenzen und Schlüssel einhalten, wie sie sich aus genehmigten Grundsätzen ergeben. Ich möchte wirklich nicht über Umstände nachdenken, unter denen wir antizipieren oder prüfen müssen, ob Grenzen überschritten werden müssen oder nicht, aber ich würde sagen, *que será será*, und wir müssen uns allen Umständen stellen, und das Mandat, das wir haben, unter diesen Umständen erfüllen; ich möchte mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorstellen, in dieser Position zu sein. Ich hoffe, dass unsere Politik so effizient sein wird und dass die Finanzbehörden so empfänglich sein werden, dass wir eine solche Situation mit allen Mitteln vermeiden werden.

1-038-0000

Johan Van Overtveldt (ECR). – Ich möchte Frau Lagarde dafür danken, dass sie hier ist. Ich habe eine Erklärung und eine Frage für Sie, und natürlich möchte ich Sie bitten, zu beiden Stellung zu nehmen.

Die Erklärung, die ich abgeben möchte, beruht auf Erklärungen von zwei Ihrer Kollegen, Herrn Panetta und Herrn Mersch. Herr Panetta sagte hier im Europäischen Parlament während seiner Anhörung im Dezember: „Die EZB hat wichtige Zuständigkeiten in Bezug auf die Finanzstabilität, nicht zuletzt, weil Finanzstabilität eine Voraussetzung für Preisstabilität ist.“ Herr Mersch erklärte kürzlich in einer Rede in Luxemburg: „Der Anstieg der Preise für Vermögenswerte und Wohnimmobilien ist exzessiv und ist das Ergebnis der außergewöhnlich lange andauernden äußerst akkommodierenden Geldpolitik.“ Wenn ich diese beiden Aussagen zusammen betrachte, liegt nun eine ironische Logik vor. Die akkommodierende bzw. äußerst akkommodierende Geldpolitik führt zu hohen Vermögenspreisen, die die Finanzstabilität bedrohen, was wiederum eine Bedrohung für die Preisstabilität darstellt, sodass sie im Wesentlichen sagen, dass die EZB derzeit ihr vorrangiges Ziel der Preisstabilität nicht erreicht.

Das ist die Aussage, zu der ich gerne eine Stellungnahme von Ihnen hätte; die Frage bezieht sich auf Ihre Bemerkungen zu höherer Produktivität, die natürlich sehr wahr und sehr richtig sind. Aber trägt die EZB nicht dazu bei, dass Kapital und Arbeit in Unternehmen mit geringerer Produktivität gebunden werden, da es „dank“ der Politik der EZB eine Art natürliches Überleben von Unternehmen mit geringerer Produktivität innerhalb der Wirtschaft gibt.

1-039-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Wir müssen auf die Finanzstabilität achten, und das tun wir. Wir betrachten alle Bestandteile der Wirtschafts- und Finanzlandschaft, in der unser primäres Mandat, um es noch einmal zu sagen, in Preisstabilität und nicht in Finanzstabilität besteht. Es handelt sich jedoch eindeutig um einen Bereich, den wir beobachten müssen, und die Verflechtungen zwischen diesen beiden Bereichen sind, wie Sie wissen, Gegenstand einer enormen Kontrolle und Überprüfung durch Wissenschaftler und

auch durch politische Entscheidungsträger. Wir sehen derzeit keine Anzeichen für eine Inkongruenz zwischen den Anlageklassen im Euro-Währungsgebiet, die über die mit den Maßnahmen der EZB angestrebte Lockerung der finanziellen Bedingungen hinausgeht – ich sage im Euro-Währungsgebiet.

Wir sehen keine starken Anzeichen dafür, dass sich im Euro-Währungsgebiet insgesamt Immobilienblasen bilden. In einigen städtischen Gebieten steigen die Wohnimmobilienpreise stark an; hier könnten die lokalen Behörden zweifellos Mikromaßnahmen oder örtlich begrenzte Maßnahmen in Betracht ziehen. Wenn das Angebot knapp ist, wenn die Finanzierungsbedingungen günstig sind, wenn die Nachfrage hoch ist, gibt es offensichtlich Preiserhöhungen, die angegangen werden müssen, und die Angebotsseite muss angegangen werden.

Es gab eine Warnung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) – vielleicht erinnern Sie sich –, die im September 2019 zu diesem sehr spezifischen Punkt herausgegeben wurde, sodass wir diesen Risiken Aufmerksamkeit schenken und auf der Ebene des ESRB deutlich warnen. Gefährdet dies die Bezahlbarkeit von Wohnraum in einigen Regionen? Möglicherweise, darum müssen sich die Behörden mit der Angebotsseite befassen. Aber derzeit – und ich habe meinen Standpunkt zu diesem speziellen Punkt mehrfach klargestellt – ist unsere Geldpolitik eindeutig darauf ausgerichtet, diese Preisstabilität aufrechtzuerhalten, um das Niveau zu erreichen, bei dem wir unser Ziel als erfüllt ansehen, das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen und Investitionen zu fördern.

Dies bringt mich zu Ihrer zweiten Frage, die sich darauf bezieht, inwiefern die EZB durch die Finanzierungskosten, die das Leben dieser unproduktiven Unternehmen erleichtern, zu einer niedrigen Produktivität beiträgt. Das ist die Vorstellung von Zombie-Unternehmen, deren Leben durch eine kostengünstige Finanzierung erleichtert wird. Auch dafür sehen wir keine Anzeichen. Wir müssen Finanzmittel bereitzustellen und Investitionen durch alle Bürger – Haushalte – und alle Unternehmen unterstützen. Wir dürfen nicht unterscheiden zwischen Unternehmen, denen es gut geht, und Unternehmen, denen es nicht gut geht. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir müssen die Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Ich möchte Sie auf eine Studie aufmerksam machen, die kürzlich in Dänemark durchgeführt wurde, wo die Zinssätze viel länger negativ waren als im Euro-Währungsgebiet, und die zu dem Schluss kam – und es war eine empirische Studie –, dass die Finanzierung keinen wesentlichen Beitrag zum Entstehen oder zur Zunahme von Zombie-Unternehmen geleistet hat.

1-040-0000

Eero Heinäluoma (S&D). – Frau Lagarde, auch ich begrüße auch Ihre Ankündigungen bezüglich der Verbesserung der Kommunikationsbemühungen der EZB. Eine starke und wirksame Kommunikationspolitik der EZB sollte allerdings natürlich über die bloße Erklärung der geldpolitischen Entscheidungen hinausgehen. Einer der wichtigsten Punkte ist, dass die EZB die Öffentlichkeit auch über die Risiken informieren sollte, denen das Euro-Währungsgebiet und unsere Finanzmärkte ausgesetzt sind.

Ich habe hier ein kleines Zitat von Danièle Nouy, der früheren Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der EZB. Vor einiger Zeit erklärte sie, dass eines der Hauptrisiken für das Bankensystem des Euro-Währungsgebiets das Verhaltensrisiko sei, zu dem auch die Geldwäsche gehöre. Ich muss sagen, dass ich dem voll und ganz zustimme, denn die Geldwäsche, die Sie bereits erwähnt haben, ist völlig inakzeptabel, ist aber auf unseren Finanzmärkten im Euro-Währungsgebiet immer noch präsent. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass die EZB bei den jüngsten AML-Skandalen möglicherweise auch negative Schlagzeilen gemacht hat. Aus der Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus geht eindeutig hervor, dass die EZB bei der Bekämpfung der Geldwäsche mit den zuständigen nationalen Behörden zusammenarbeiten sollte.

Ich habe zwei Fragen an Sie. Frage eins: Könnte die EZB mehr tun, um das Problem der Geldwäsche anzugehen? Frage zwei: Da Sie aus Ihren Jahren als Leiterin des IWF über umfassende Erfahrungen verfügen und das US-System sehr gut kennen: Sind wir bei Finanzstraftaten in der Europäischen Union zu nachsichtig? Könnten wir uns ein Beispiel daran nehmen, was aus den Erfahrungen der USA gelernt wurde?

1-041-0000

Christine Lagarde, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) sind eindeutig Schlüsselemente für die Wahrung der Integrität der Banken- und Finanzsysteme im Allgemeinen, und die derzeitige Fragmentierung der Aufsicht und die Unterschiede in den Aufsichtspraktiken in den Bereichen der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung können die Stabilität der europäischen Banken und damit die Wirksamkeit der Aufsicht der EZB, insbesondere in Bezug auf grenzüberschreitendes Kapital, erheblich beeinträchtigen. Aus diesem Grund nimmt die EZB im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion die aufsichtsrechtlichen Auswirkungen der Geldwäscherisiken sehr ernst. Es ist aber nicht die EZB, die für die Durchsetzung der Rechtsvorschriften gegen den Missbrauch des Finanzsystems zur Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verantwortlich sind.

Die bisherigen gesetzgeberischen Schritte zur Verbesserung des europäischen AML/CFT-Rahmens werden unserer Ansicht nach nicht ausreichen, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung im Bankensektor wirksam zu verhindern, und es sind weitere Schritte erforderlich, um die Wirksamkeit des AML/CFT-Rahmens, insbesondere für diese grenzüberschreitenden Tätigkeiten, zu verbessern. Wir begrüßen daher die laufende Diskussion sehr, und wir sind bereit, dies zu unterstützen.

Lassen Sie mich nur zwei Dinge vorschlagen, die meines Erachtens dazu beitragen würden, die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zu verstärken, und die die Autonomie Europas in dieser Hinsicht stärken würden und hoffentlich effektiver wären. Erstens: Was die Rechtsgrundlage angeht, auf der Maßnahmen basieren, bin ich nicht der Ansicht, dass eine europäische Richtlinie die richtige Antwort ist. Eine europäische Verordnung wäre die richtige Antwort, da dann die Umsetzung und die extreme Vielfalt bei der Umsetzung, auf die sich Frau Nouy sicherlich bezogen hat, nicht oder nicht in der gleichen Weise stattfinden würden. Zweitens sollte es eine stärkere Koordinierung zwischen den verschiedenen Behörden geben, die in ihrem nationalen Zuständigkeitsbereich für die Durchsetzung von AML/CFT zuständig sind, und es sollte eine bessere Instanz, Agentur oder was auch immer geben, die tatsächlich für die Koordinierung auf einer bestimmten Ebene zuständig ist und Durchsetzungsbefugnisse hat. Die EZB hat diese Befugnis nicht, sie verfügt nicht über diese Durchsetzungskapazität, und das ist etwas, was eindeutig fehlt.

1-042-0000

Danuta Maria Hübner (PPE). – Frau Lagarde, es war eine Freude, Ihnen zuzuhören. Ich möchte Sie nach der internationalen Rolle des Euro fragen, da wir diese Frage, wie Sie wissen, seit zwei Jahrzehnten im Grunde den Marktkräften überlassen. Wir sind damit in der Rangliste wichtiger Weltwährungen an zweiter Stelle angelangt, liegen aber weit hinter der ersten Währung zurück. Vor zwei Jahren hat Jean-Claude Juncker auch die Stärkung der Rolle des Euro im globalen Kontext auf die politische Agenda gesetzt, und die Kommission hat zwei Mitteilungen veröffentlicht, in denen sie meiner Meinung nach überzeugend für eine Stärkung der Rolle des Euro plädiert hat.

Meine Frage an Sie lautet also: Sind sie weiterhin der Meinung, dass dies den Marktkräften überlassen werden sollte, oder gibt es Raum für unterstützende Maßnahmen und Reformen, die dies bewirken könnten? Könnte die EZB angesichts der Tatsache, dass Sie nicht nur eine

geldpolitische Institution, sondern auch eine Institution für ein Zahlungssystem sind, Teil dieses Verfahrens sein?

1-043-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich weiß nicht, ob das die letzte Frage ist, aber es ist eine Frage, für die ich mir gerne ein bisschen Zeit nehmen würde, weil ich der Meinung bin, dass sie von entscheidender Bedeutung ist.

Der Euro ist eine der wichtigsten internationalen Währungen, die als international handelbar gelten, und er steht, wie Sie gesagt haben, weit hinter dem Dollar an zweiter Stelle. Sein Anteil an dem Währungskorb, der für die Bestimmung des Werts der Sonderziehungsrechte verwendet wird, ist gestiegen, und auch sein Anteil an den von Zentralbanken weltweit gehaltenen Reserven ist bis zu einem gewissen Punkt gestiegen, bis er sich dann stabilisiert hat und wieder leicht zurückgegangen ist. Er ist also annähernd stabil, aber an zweiter Stelle weit hinter dem Dollar.

Eine führende internationale Währung zu sein bringt Verantwortung mit sich. Es bringt auch Vorteile mit sich, und wir können die entsprechende Liste durchgehen, aber es trägt sicherlich zur Autonomie und Stärke der Nation oder der Region bei, aus der sie stammt. In diesem Zusammenhang möchte ich drei Bereiche nennen, in denen wir weitere Fortschritte erzielen müssen und in denen Ihre Rolle von entscheidender Bedeutung ist, wenn wir zu dem Punkt gelangen wollen, dass der Euro als eine der beiden führenden Währungen auf internationaler Ebene betrachtet wird.

Zum einen wird es keinen internationalen Euro auf dieser Ebene geben, es sei denn, es gibt einen tiefen und liquiden Kapitalmarkt. Wenn Sie sich die Geschichte ansehen – und ich habe gestern eine Rede zu diesem Thema gehalten, ich bin also sehr daran interessiert –, war einer Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass der Dollar das Pfund Sterling in seiner Führungsrolle abgelöst hat – einer der Faktoren, nicht der einzige, aber ein wesentlicher Faktor – die Tiefe und die Liquidität seines Kapitalmarkts. Sie bezeichnen das als Kapitalmarktunion. Die Kapitalmarktunion muss rasch Wirklichkeit werden, insbesondere angesichts der Ereignisse auf europäischer Ebene und des Austritts des Vereinigten Königreichs. Wenn das kein Faktor ist, der uns dazu bringt, die Kapitalmarktunion zu bilden, dann weiß ich nicht, was sonst noch benötigt wird.

Das ist also der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass Sie sich völlig zu Recht auf Zahlungssysteme beziehen. Wir brauchen flexible, sofortig funktionierende und effiziente Zahlungssysteme innerhalb des Euro-Währungsgebiets, und wir gehen in diese Richtung. Das Target Instant Payments System (TIPS), das Banken den Zugang zu Zentralbankliquidität ermöglicht, ist vorhanden. Es funktioniert gut und muss viel umfassender angenommen werden. Wir brauchen ein Massenzahlungssystem, das besser funktioniert, das reibungslos ist und das hier umgesetzt wird.

Das ist die zweite Dimension. Die dritte Dimension, die ich ebenfalls erwähnen möchte und die meiner Ansicht nach von entscheidender Bedeutung ist, ist unsere Fähigkeit, Cyberrisiken zu bekämpfen. In gewisser Weise ist das Teil der Zahlungssystemarchitektur, aber es geht darüber hinaus, und offensichtlich müssen wir bei diesen drei speziellen Themen – Kapitalmarktunion, Zahlungssystem und Fähigkeit, Cyberangriffe abzuwehren – stark sein, wenn wir wollen, dass der Euro die internationale Referenzwährung wird.

1-044-0000

Vorsitzende. – Bevor ich dem letzten Redner das Wort erteile, möchte ich sagen, dass es sich um zwei Themen handelt, die diesem Ausschuss sehr am Herzen liegen. Wir haben zwei Initiativberichte über die Kapitalmarktunion und die internationale Rolle des Euro beantragt. Natürlich müssen sie noch durch die Konferenz der Präsidenten genehmigt werden, aber wir

alle hoffen, dass das gut gehen wird, da uns allen die Bedeutung dieser Themen bewusst ist, und ich freue mich, dass wir Gelegenheit hatten, sie mit Ihnen zu erörtern.

Gilles Boyer ist der letzte Redner, und ich fürchte, dass wir danach keine Zeit für das Verfahren der spontanen Wortmeldungen haben, weil es danach eine Abstimmung gibt.

1-045-0000

Gilles Boyer (Renew). – Vielen Dank dafür, dass Sie heute hier und dass Sie bereit sind, uns am Montag in Frankfurt willkommen zu heißen. Wir nehmen diese Einladung gerne an und sind sehr gespannt.

Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie Kommunikation zu einer Ihrer Prioritäten gemacht haben. Ich versichere Ihnen: Die EZB ist nicht das einzige europäische Organ, das sich dieser Herausforderung stellen muss. Ich danke Ihnen, dass Sie sich das zu Herzen genommen haben. Wir haben mit technischen und komplexen Angelegenheiten zu tun, und es ist nicht einfach für mich, alle Dimensionen zu erfassen.

Es ist schwer, komplexe Dinge zu vereinfachen, zumal wir hier mitunter eher das Gegenteil machen. Ich möchte Sie auf die negativen Zinssätze ansprechen; allerdings werde ich maßvollere Worte wählen als meine Vorredner zu diesem Thema.

Viele meiner Kollegen hier billigen diese Politik, die unserer Ansicht nach den Umständen angemessen ist und im Einklang mit dem Ihnen übertragenen Mandat steht. Das ändert aber nichts daran, dass die Tatsache, dass man zusätzlich Geld bekommt, wenn man sich welches leiht, intellektuell schwer zu verdauen ist und dem Bürger nicht unbedingt mit dem gesunden Menschenverstand erklärt werden kann, ohne in technische Details einzusteigen.

Als Abgeordneter, aber auch als Bürger und Steuerzahler stelle ich mir zwei Fragen zu den etwaigen Folgen dieser Politik: Zunächst einmal erleichtert sie natürlich Privatpersonen den Zugang zu Krediten, was sicher ein Vorteil ist. Ich frage mich nun aber, wie die Banken mit einem Zinsanstieg zurechtkommen würden, nachdem sie hunderttausende langfristige Immobiliendarlehen mit einem festen, sehr niedrigen Zinssatz vergeben haben. Anders formuliert: Haben wir hier nicht ein in gewisser Weise systemisches Risiko für den Bankensektor, falls die Zinsen wieder steigen?

Außerdem verleiten sehr niedrige Zinssätze die Sparer, die nicht immer davor gewarnt werden, in riskantere Anlagen zu investieren, damit ihr Ersparnis Erträge abwirft. Das ist ein zusätzliches Risiko. Geld ist billiger geworden, aber hohe Erträge möchte man nach wie vor, und ich würde gerne Ihre Meinung dazu hören, ob eine massive Verlagerung in riskantere Anlagen Probleme nach sich ziehen könnte. Bitte betrachten Sie diese Fragen lediglich als wohlwollende Nachfragen eines Abgeordneten, der verstehen möchte, damit er erklären kann.

1-046-0000

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank. – Ich will versuchen, Ihre Fragen zu beantworten, und ich danke Ihnen für die Feststellung, dass die bislang gefassten geldpolitischen Beschlüsse sowohl legitim als auch notwendig dafür waren, dass die Preise gestützt werden und das im Mandat definierte Ziel der Preisstabilität verwirklicht werden kann.

Ich komme zunächst auf das erste von Ihnen erwähnte Risiko zu sprechen, nämlich das Risiko, dass insbesondere die Haushalte übermäßig von Krediten Gebrauch machen, sodass sie dem Risiko eines Wiederanstiegs des Zinsniveaus ausgesetzt sind. Dieses Risiko gibt es, und zu seiner Eindämmung sind zwei Maßnahmen getroffen worden bzw. können zwei Maßnahmen getroffen werden.

Zunächst haben wir die makro- und mikroprudenziellen Maßnahmen, also die Grenzwerte. Es werden mehrere Kennziffern herangezogen, wie etwa das Verhältnis der Darlehenssumme zur Rückzahlungsfähigkeit oder das Verhältnis der Darlehenssumme zum Kaufpreis. Es gibt also in diesem Bereich mehrere Kennziffern, auf die man zurückgreifen kann. Manche nationalen Zentralbanken – auch die Banque de France, glaube ich – und das Finanzministerium haben darauf hingewiesen, dass diese Kennziffern insbesondere mit Blick auf die Laufzeit von Darlehen angewendet werden müssen, denn wir beobachten zudem immer längere Laufzeiten, was auch für Familien, die auf Kredite mit sehr niedrigen Zinsen und sehr langer Laufzeit zugreifen können, ein zusätzliches Risiko birgt. So viel zu den makro- und den mikroprudenziellen Maßnahmen.

Zweitens: Ich habe vorhin über die erforderliche Geduld gesprochen. Wir hoffen, dass sich die makroökonomische Lage nicht nur stabilisieren, sondern sich sogar schrittweise verbessern wird und dass die verfolgte Geldpolitik, die – so hoffen wir – von einer guten Fiskalpolitik untermauert wird, ein Wiedererstarken der Wirtschaftsaktivität und eine höhere Inflationsrate bewirken wird und uns somit in der Zukunft die Rückkehr zu einer Geldpolitik ermöglicht, die letztendlich vielleicht wieder konventioneller sein wird.

Natürlich müssen wir hier mit Bedacht vorgehen, und natürlich darf es hier aufgrund der von Ihnen bereits angesprochenen Risiken für Haushalte, Unternehmen, den Bankensektor im Allgemeinen und unsere Volkswirtschaften nicht zu harten Brüchen kommen. Vorsicht ist also angebracht, wenn sich die Lage verbessert.

Ich wollte noch auf einen dritten Punkt zu sprechen kommen: Wir haben seit September ein zweistufiges System, das bewirkt, dass die negativen Zinssätze nicht für Banken gelten, sofern sich deren Reserven in einem vernünftigen Rahmen bewegen, der auf das Sechsfache des Mindestreserve-Solls festgelegt wurde.

Das Renditestreben ist das Risiko, das manche anderen Institute mitunter eingehen, und für dieses Risiko müssen diese Institute vorsorgen. Es ist nicht Aufgabe der Zentralbank, mit geldpolitischen Maßnahmen diesem speziellen Risiko zu begegnen. Vielmehr muss bei der Investitionspolitik, bei der Hedging-Politik, bei der Politik zur Diversifizierung des Portfolios und bei der Festlegung der Entwicklungsstrategien dieser Institute das finanzielle Umfeld, in dem diese Institute tätig sind, berücksichtigt werden, damit Vorsorge für die Risiken getroffen wird.

Aber noch einmal: Ich glaube, dass man mit Bedacht und umsichtig vorgehen muss, in der Hoffnung jedenfalls, dass sich die makroökonomische Lage deutlich verbessert.

1-047-0000

Vorsitzende. – Die Anhörung ist geschlossen. Ich danke Frau Lagarde noch einmal dafür, dass sie hier war und alle unsere Fragen beantwortet hat.

(Die Sitzung wird um 11.09 Uhr geschlossen.)